blätter des iz3w

nr. 9 juli 71

herausg. informationszentrum dritte welt
78 freiburg, Lorettostr. 20a tel.: 71095 App. 29

Auflage 4000

Zusammengestellt und herausgegeben von: S. Bartels, E. Bippus, G. Cremer, Ch. Erichsen, H. Flammer, K. Flemming, F. Hemmerich, H. Knörich, E. Lohersdorfer, B. Merk, M. Nienhaus, B. Sandbothe, G. Stingl, P. Riedesser, L. Teubner, H. Topf u. a. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg, Nr. 1o2 262 33; Postchekkonto Karlsruhe Nr. 148 239; SCHWEIZ: G. Stingl, Aktion Dritte Welt Freiburg i. Br., Postchekkto. Basel 4o - 35899.
Jahresabonnement der "blätter des iz3w" incl. Porto und Beilagen bei 1o Nummern jährlich: DM 15,--

zur Sache

ZUR SACHE

ZUR SACHE:

Hohe Druck- und Portokosten,Kosten für ein notwendigerweise wachsendes Archiv, Abonnentenwerbung,und Bürokosten führten bei jeder Nummer der "blätter" zu einem auf die Dauer nicht tragbaren Defizit. Um die daher notwendige Senkung der Druck- und Portokosten ohne inhaltliche Kürzung durchführen zu können, mussten wir die "blätter" in verkleinerter Schrift herausbringen. Die Beilagen werden weiterhin in der üblichen Form erscheinen.

In diesem Zusammenhang erinnern wir nocheinmal an die ausstehenden Abonnentengebühren von 15,- und bitten um baldige Überweisung. Als finanzschwache Gruppe sind wir auf regelmäßige und möglichst frühe Bezahlung angewiesen.
Zu diesem Zweck liegt dieser Nummer wieder eine Zahlkarte bei.

Zur inhaltlichen Konzeption wäre zu sagen, daß wir auch weiterhin einige Schwerpunktgebiete in den Beziehungen der Industrieländer zur Dritten Welt - Privatinvestitionen, Dt. Entwicklungspolitik, Welthandel, Waffenhandel - bearbeiten werden und uns vermehrt um die Behandlung des komplexes Strategie einer entwicklungspolitischen Opposition, didaktische Vermittlung, Aktionsmodelle bemühen wollen.
Die Länderberichte werden wir unter bes. Berücksichtigung der Beziehungen des Landes zur BRD fortführen. Mit dem Artikel "Iran" haben wir den Versuch fortgesetzt, einen Einblick in die Stuktur eines Landes an Hand charakteristischer Daten (Regierungsform, Bodenverteilung,Vermögensverteilung, ausländischer Industriebesitz) zu geben.

Wir bitten unsere Leser,Gruppen wie Einzelpersonen, um verstärkte Mitarbeit - Artikel, Arbeitsberichte, Aktionserfahrungen, Anregungen - ,um einen verstärkten Informationsaustausch herbeizuführen.

Das iz3w wird,gemäß dem Auftrag von Trier, die nächste Koordinationstagung vom 7. - 1o. Oktober in Königstein/Ffm durchführen.

Die nächste Ausgabe wird im September erscheinen.



FÖRDERKREIS iz3w

Um die Erweiterung des iz3w - Werbung für die "blätter",Archiv, Übersetzungen, Dokumentationen, Koordinationstagung, Bürokosten - und lokale Arbeit - Seminare,Öffentlichkeitswirksame Aktionen, lokale Koordination - finanzieren zu können, werden wir in nächster Zeit einen Fördererkreis iz3w gründen. Wir werden in der nächsten Nummer der "blätter" unsere genaueren Vorstellungen darlegen. Spenden sind auch jetzt schon möglich und erwünscht. Am besten überweisen Sie den Betrag auf eines unserer Konten.

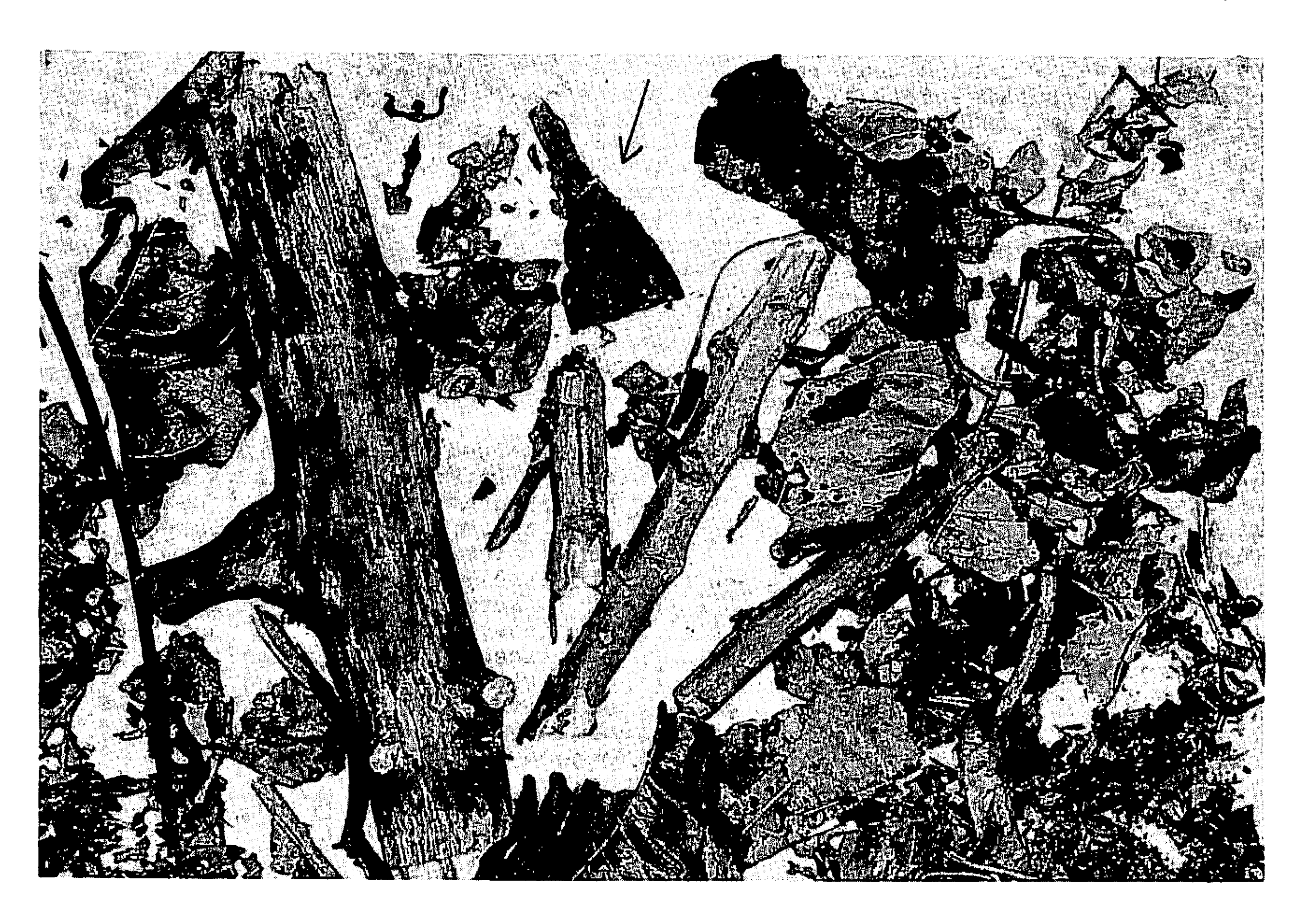
SÜDLICHES AFRIKA:

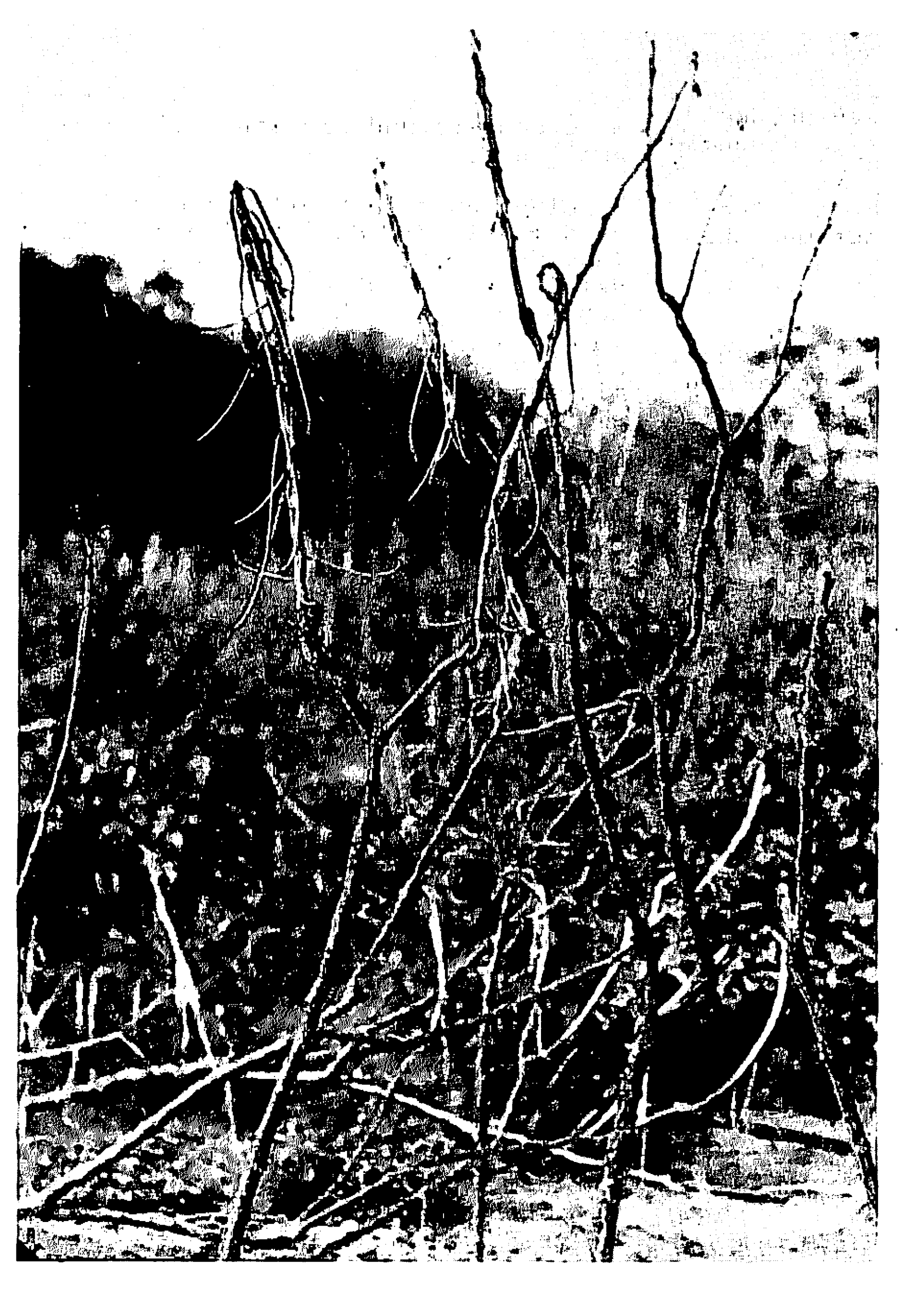
Pflanzengifte in ANGOLA

Der Direktor des sambischen Informationsbüros für Westeuropa in Rom, D. Arslan Humbaraci, sandte an den Sekretär der bevorstehenden UN-Konferenz für Umweltfragen (Human Enviroment) ein Memorandum, in welchem er auf die ökologischen Umwälzungen hinwies, die das südl. Afrika aufgrund der portugiesischen Kolonialpolitik bedrohen. Wir geben im folgenden eine Übersetzung der Teile des Briefes wieder, die den chemischen Krieg in der Kolonie Angola betreffen.

"Der Gebrauch von chemischen Waffen auf seiten der portugiesischen Luftstreitkräfte in Angola - heute eine international anerkannte Tatsache - wurde zuerst von der "SAM" ("Servici de Assistencia Medica") der MPLA am 1. Mai 1970 aufgegriffen.[1])

An diesem Tag wurden 5 Flugzeuge der portugiesischen Luftwaffe beobachtet, die dicht über den Ufern des Luena-Flusses in Ost-Angola flogen. Drei dieser Flugzeuge fingen an, Kassawafelder zu besprühen, während die anderen zwei ab und zu Bomben abwarfen.





Das Bild auf der vorhergehenden Seite zeigt eine Kassawapflanze, die mit Herbiziden "gedüngt" wurde.

linkes Bild:
entlaubte Plantagen;
Agrarhilfe aus Portugal.

Der chemische Krieg wurde seither intensiviert. Laut SAM stellte sich heraus, daß die auf diese Weise über die befreiten Gebiete gesprühten Stoffe Herbicide und Entlaubungsmittel folgenden Typs waren:

1) 2,4-D (2,4 dichlorphenoxyacetic acid)
2) 2,4,5-T (2,4,5 trichlorophenoxyacetic acid)
3) cacodylic acid
4) picloram (hergestellt von der Dow Chemical Company unter dem Handelsnamen Tordon).

Diese Stoffe, von denen man weiß, daß sie im Vietnamkrieg angewendet wurden, wirken sehr schnell auf Kassawablätter und -zweige, sowie auf süße Kartoffeln ein, indem sie diese in weniger als 2 Tagen vollkommen austrocknen.

Die Giftstoffe wurden auch an ausgedörrten Bäumen nachgewiesen, die so aussahen, als seien sie von einem heftigen Feuer ergriffen worden.

Die auf den Blättern und möglicherweise auf dem Erdboden abgelagerten Chemikalien dringen schnell in die Wurzeln und Knollen ein und verursachen eine fortschreitende Vernichtung der Pflanzen von außen her. Bald werden die Kassawawurzeln und süßen Kartoffeln breiig und schwarz, als hätten sie mehrere Tage im schmutzigen Wasser gelegen.

Die Resultate beginnen sich innerhalb von 24 Stunden zu zeigen, nachdem das Gift die Pflanzen berührt hat - das Ergebnis ist die totale Vernichtung der ganzen in Mitleidenschaft gezogenen Ernte. Knollen, die in diesem

vergifteten Zustand gegessen werden, verursachen verschiedenartige Magenkoliken und Durchfall!

Die chemischen Stoffe wirkten offensichtlich auch schädlich auf Menschen, indem sie Atembeschwerden, Verdauungsschwierigkeiten und Erbrechen von Blut verursachten.

Besonders giftig ist die Kakodylsäure, die Arsen enthält, da nur 1 Gramm pro kg des Körpergewichts tödlich wirkt.

Unter den chemischen Entlaubungsstoffen ist Picloram das gefährlichste. Bei einem Test, der in einem äquatorialen Wald in Puerto Rico durchgeführt wurde, blieben die angegriffenen Bäume mehr als zwei Jahre ohne Blätter. Das gleiche Phänomen wird nun in Angola beobachtet. Besonders verheerend sind die Folgen auf die Kassawafelder, die Hauptzielscheibe des chemischen Krieges.

Kassawa oder Manioc ist die Hauptnahrung in Angola sowie in anderen tropischen Ländern Afrikas. Chemische Waffen vernichten schnell die festen knolligen Wurzeln (den eßbaren Teil). Sie hören auf zu wachsen, ihre helle Farbe wird schwarz und sie sehen wie verkohlt aus."

An einer anderen Stelle seines Memorandums zitiert Humbaraci eine TASS-Meldung vom 16.6.71, nach der sechs Belegschaftsmitglieder des bulgarischen Schiffs "Albatross" durch zwei chemische Bomben südafrikanischer Herkunft vergiftet wurden, die die Fischer mit ihren Netzen im Indischen Ozean einfingen.

Dem Memorandum beigelegt waren zwei Photos, die im Mai 1971 in von der portugiesischen Luftwaffe entlaubten Kassawafelder in der Region von Chiume (oder Chiumbe) aufgenommen worden waren. Chiume gehört zu den befreiten Gebieten der Moxico-Provinz in Angola, an der Grenze von Sambia und Kongo-Kinshasa.

---

1) Vgl. den Abdruck des SAM-Memorandums in iz3w nr. 5 - ebenso den Auszug aus der Studie der UN-Menschenrechtskommission in iz3w nr. 6/7



OHNE KOMMENTAR

Unten drucken wir ein Inserat ab, welches in der populären italienischen Wochenzeitung "L'EUROPEO" erschienen ist.
Es zeigt ein Spielzeugmaschinengewehr für Kinder.
Der Text sagt, daß das Original vom "Typ FRANCHI L.F.57, Kal.9" sei und wunderbar funktioniert habe "von den Dschungeln des Fernen Ostens und des Kongo bis zu den Büschen von Angola und Mozambique."

**Costruita da una delle più prestigiose fabbriche italiane di armi da caccia, la pistola mitragliatrice Franchi L.F. 57 ha la precisione di un'arma da tiro.
Dalle giungle dell'Estremo Oriente e del Congo alle boscaglie dell'Angola e del Mozambico, il «San Luigi», così la L.F. 57 venne in una non lontana occasione per devoto ringraziamento familiarmente ribattezzata, si è guadagnata la fama di arma dalle doti miracolose.
Ora è diventato un bellissimo Armodello. Questo significa che è identico all'originale in ogni particolare anche nei più piccoli, che è dotato di meccanismi di alta precisione, che funziona con capsule di plastica. Per la vostra collezione acquistate il Franchi L.F. 57 nei negozi di giocattoli, modellismo, armi e sport. Chiedete anche l'espositore da parete Trofeo n. 1 e n. 2.**

BAKTERIOLOGISCHE KRIEGSFORSCHUNG

Herbizide, die in den portugiesischen Kolonien oder in Vietnam zur Anwendung kommen, müssen entwickelt werden. Der folgende Buchauszug (Gerhard Grümmer, Herbizide in Vietnam, Berlin-DDR 1969) gibt die westdeutschen Stellen an, die sich mit bakteriologischer Kriegsforschung beschäftigen.

Lokale Gruppen sollten die Arbeit der genannten Institute genauer untersuchen und öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen Kriegsforschung an den Universitäten einleiten.

Die Mitwirkung der westdeutschen Bundesrepublik an der Entwicklung chemischer und biologischer Waffensysteme rückte durch dieEnthüllungen von Dr.Petras, der im November 1968 in die DDR übersiedelte, in das Licht der Öffentlichkeit. Auf einer Pressekonferenz Anfang Dezember 1968 wurde bekannt, dass bereits seit 1959 (!) auf diesem Gebiet in Westdeutschland gearbeitet wird.

Zentrum der Arbeiten ist ein Institut in Grafschaft (Sauerland), das den harmlos klingenden Titel"Institut für Aerobiologie" trägt. Dort existiert eine Abteilung für Mikrobiologie, die Versuche an hochpathogenen Bakterien und Virusstämmen sowie mit Botulinus-Toxin, dem wirksamsten Giftstoff überhaupt, durchführt.Ziel ist der Einsatz dieser biologischen Waffensysteme zur Lahmlegung strategischer Objekte im Hinterland des Gegners.

Diese Arbeiten wurden auf Grund einer Weisung vom Bundesaussenministerium in Bonn Anfang 1968 beschleunigt,weil Bonn durch den Atomwaffensperrvertrag neue Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Kernwaffen befürchtete.

In der chemischen Abteilung wurde die Prüfung und Weiterentwicklung phosphor-organischer Verbindungen betrieben, die in ihrer Strukturformel Beziehungen zu den in Vietnam direkt gegen Menschen eingesetzten Kampfstoffen der US-Interventen aufweisen. Schwerpunkte waren die Folgen der Einatmung dieser Giftstoffe sowie die Permeation durch die menschliche Haut.

An den Arbeiten in Westdeutschland wirken folgende Dienststellen mit:

"Bundesverteidigungsministerium", Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Gesundheitswesen, Bundesamt für "zivilen Bevölkerungsschutz und die "Deutsche Forschungsgemeinschaft". Ein erheblicher Teil der Arbeiten wird an den Universitäten und in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen durchgeführt.

Im einzelnen wurden genannt:

Pharmakologisches Institut der Universität Göttingen.
Physikalisch-chemisches Institut der Universität Göttingen.
Strahlenbiologisches Labor der Universität Göttingen.
Pharmakologisches Institut der Universität Bonn.
Toxikologische Abteilung des Krankenhauses "Rechts der Isar" der Technischen Hochschule München.
Fraunhofer-Gesellschaft München.
Technische Hochschule Hannover.
Universität Mainz.
Behring-Werke Marburg.

Ausser dem Institut in Grafschaft gehören zu den Einrichtungen der Bundeswehr auf diesem Sektor noch die ABC-Abwehrschule in Sonthofen sowie die ABC-Erprobungsstelle in Munsterlager (Lüneburger Heide).

Die Arbeiten auf dem Gebiete der biologischen Kriegführung führten im Sommer 1967 zu einem Zwischenfall, der anfänglich vertuscht werden konnte. Damals kamen in einem Forschungslabor der Behringwerke in der Nähe von Marburg kurz hintereinander sieben Angestellte auf mysteriöse Weise ums Leben. Die offiziellen Berichte sprachen von einem neuen, tödlichen Virus, das die in Uganda gekauften Versuchstiere eingeschleppt haben sollten.

Erst vor kurzem wurde enthüllt,dass die sieben Menschen durch Arbeiten über bakterielle Toxine, die im Auftrag der Bundeswehr (!) durchgeführt worden waren, ums Leben gekommen waren.

BRD-WAFFENLIEFERUNGEN AN PORTUGAL

Die Oktober 1969 beim Angola Komitee Amsterdam erschienene Arbeit "Portugal und NATO" wurde von dieser Gruppe durch einen umfassenden Zusatz aktualisiert. Im folgenden geben wir den Teil der Übersetzung wieder, der den deutschen Beitrag zur NATO-Unterstützung betrifft.

Die 3 Kriegsschiffe, die Portugal bei der Werft Blohm und Voss in Hamburg bestellt hat, sind im Jahre 1970 an die portugiesische Marine geliefert worden. Obwohl die portugiesischen Militärzeitungen ohne Umschweife angekündigt hatten, daß diese Schiffe für koloniale Kriege bestimmt seien, blieb die Regierung Brandt darauf bestehen, daß diese Schiffe ausschließlich für Natozwecke bestimmt wären.

Am 4. April 1969 forderte die angolesische Befreiungsfront MPLA in einem Brief an die Betriebsleitung der Werft Blohm und Voss, daß die Produktion gestoppt würde. Der Betriebsratsvorsitzende Knödler weigerte sich aber, diesen Brief zu bearbeiten. Ein Arbeiter, der auf einer Zusammenkunft des Betriebsrats die Bearbeitung forderte, wurde entlassen. Der militärische Abschirmdienst (MAD) wurde auf der Werft eingesetzt. Am 1. Mai 1969 folgte in Hamburg eine Demonstration gegen die Lieferung und ein Teach-in über den portugiesischen Kolonialismus. Es folgten weitere Entlassungen und Säuberungsaktionen auf der Werft. Am 13. Oktober 1969 explodierte eine Bombe auf einem Schiff in der Nähe der Kriegsschiffe. Das kleine Schiff wurde auseinandergerissen und sank, eines der Kriegsschiffe, die "Joao Coutinho", wurde beschädigt. "Leichter Schaden über der Wasserlinie" schrieben die westdeutschen Zeitungen, aber die Versicherungsgesellschaft Loydd sprach von Riesenschaden, der Gerüchten zufolge 3 Millionen DM betragen haben soll. Der Rumpf des Schiffes wurde über eine große Strecke aufgerissen, 9 Spanten und die Kugellager der Schiffsschraube mußten erneuert werden.

Im Mai 1970 wurde das erste Schiff, die Joao Coutinho, übergeben. Schon einige Monate später wurde es eingesetzt für die kolonialistische Kriegsführung. Ein kleiner Bericht in der südafrikanischen "Star Weekly" vom 19.9.1970 bestätigte nochmals die Lüge der westdeutschen Regierung: "Die portugiesische Marine hat ihr neuestes Schiff, die Joao Coutino, ihrer Flotte in Angola hinzugefügt. Es ist das erste von 6 weiteren, bei deutschen und spanischen Werften bestellten Schiffen."

Nach Angaben in "Soldat und Technik" vom August 1970 wurde die Waffenausrüstung auf diesen Schiffen von den Vereinigten Staaten geliefert.

"Portugal hat noch 20 Flugzeuge vom Typ Do-27 der westdeutschen Luftwaffe übernommen. Die Do-27 wurde u.a. mit Raketen bewaffnet in Angola eingesetzt." So das Luftfahrtblatt "Cockpit" vom Oktober 1969. Auch das englische Luftfahrtblatt "Aircraft Illustrated" vom Januar 1970 brachte die gleiche Meldung.

Inzwischen wurden auf einem Kongress der SPD die ersten Schritte zur Beendigung der Waffenlieferungen an Portugal unternommen. Es wurde beschlossen, keine neuen Verträge mehr abzuschließen und alle bestehenden Absprachen nochmals zu überprüfen.

Auch die westdeutsche Regierung scheint nun deutlicher Stellung zu nehmen. Regierungssprecher Conrad Ahlers erklärte am 11.1.1971, daß der Militärvertrag mit Portugal Ende des Jahres 1971 ausläuft, und daß die Regierung nicht die Absicht hat, ihn erneut zu verlängern.

WIE LANGE NOCH ?

Freundschaftliche Beziehungen Bonn Portugal

Militärische und politische Unterstützung sind natürlich kein Selbstzweck. Man - das sind die deutschen Konzerne und ihre Lobbyisten in Regierung und Parlament - will etwas. Dazu einige Kurzinformationen aus einer Informationsquelle, die wohl kaum in Verdacht geraten kann, aus Feindschaft gegen Portugal falsche Informationen zusammenzutragen: dem Portugal-Report, herausgegeben von der portugiesischen Botschaft in Bonn.

AUSLANDSINVESTITIONEN

Dem Thema „Auslandsinvestitionen in Portugal" widmet die Deutsch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer in Lissabon ihre besondere Aufmerksamkeit. Sie geht sowohl in dem soeben erschienenen Wirtschaftsbericht über Portugal für das Jahr 1970 als auch in der letzten Ausgabe der Kammerzeitschrift darauf ausführlich ein. Nachstehend bringen wir Auszüge aus einem Vortrag des Hauptgeschäftsführers der Kammer, Dipl.-Kaufmann Fritz J. Haser, im Portugiesischen Industrieverband.

● Während in der portugiesischen Industrie im Mutterland Portugal im Jahre 1969 ausländische und Beteiligungsinvestitionen in Höhe von 311 Mill. Escudos (fast 39 Mill. DM) ermittelt wurden, stieg der entsprechende Betrag im Jahre 1970 auf nicht weniger als 630 Mill. Escudos (ca. 80 Mill. DM).

Von den vorgenommenen Investitionen in der portugiesischen Industrie des Mutterlandes durch ausländische Firmen oder in Gemeinschaftsprojekten entfielen auf die genannten fünf Länder:

	1969	1970	1969 + 1970
	in Millionen Esc.		
BR Deutschland	80	88	168
Spanien	35	86	121
Frankreich	3	21	24
England	23	123	146
USA	41	176	217
	182	494	676

Portugal-Report Nr. 7/71

Bundestagsabgeordnete in Portugal

Ministerpräsident Marcelo Caetano begrüßte Mitte März in Lissabon eine Gruppe deutscher Parlamentarier von allen vier im Bundestag vertretenen Parteien, die dem Komitee für europäische und internationale Zusammenarbeit angehören, sowie Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes. Sie waren auf Einladung der Associação Industrial Portuguesa zu einem einwöchigen Besuch nach Portugal gekommen.

Die Gruppe unter Leitung ihres Präsidenten Erwin Lange (SPD) wurde auch vom Wirtschafts- und Finanzminister, Dr. Dias Rosas, zu einem eingehenden Meinungsaustausch über die Intensivierung der deutsch-portugiesischen Wirtschaftsbeziehungen empfangen. An der Reise nahmen neben Erwin Lange noch folgende Bundestagsabgeordnete teil: die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Lieselotte Funcke (FDP), Minister a. D. Hermann Höcherl (CSU), Dr. Klaus Dieter Arndt (SPD), Dr. Werner Marx (CDU) und Dr. Max Schulze-Vorberg (CSU) sowie Dr. Martin Grüner (FDP). Auf dem Programm standen neben Besuchen im Algarve und von Industriebetrieben im Norden des Landes auch Gespräche mit den Gastgebern in Lissabon. Unser Foto zeigt Ministerpräsident Caetano bei der Begrüßung des Generalsekretärs des Komitees, Albert Zoeldi.

Portugal-Report Nr. 4/71

Im ehemaligen Gebäude der juristischen Fakultät Lissabon wurden jetzt das Deutsche Institut und die Kanzlei der Deutschen Botschaft untergebracht. Alleine für den Umbau und die Einrichtungen wurden vier Mill. DM ausgegeben. Zu den Räumlichkeiten gehören ein Festsaal, in dem rund 300 Personen bei Theater- und Filmvorführungen Platz finden, eine umfangreiche Bibliothek und Unterrichtsräume für die Sprachkurse des Goethe-Instituts.

Die deutsche Firma Merck baut z. Z. in Queluz in der Nähe von Lissabon eine Fabrik für pharmazeutische Produkte. Das neue Unternehmen soll nach den von der Weltgesundheitsorganisation vorgeschriebenen Normen "Good manufacturing practices" (GMP) arbeiten.

Portugal-Report Nr. 4/71

Die Firma Schering wird in nächster Zeit in Portugal eine neue Fabrik für die Herstellung pharmazeutischer Spezialprodukte errichten. Die gesamte elektrische Einrichtung für die neue Fabrik wird von der Firma Siemens geliefert.

Portugal-Report Nr. 5/71

Hintergrund-Informationen, Kurznachrichten, Abstracts

Hintergrund-Informationen zur Lage im Südlichen Afrika (übersetzt und zusammengefasst aus Facts and Reports, Zeitschrift des Angola-Komitee's Amsterdam)

Aufwertung der Befreiungsorganisationen

In internationalen Organisationen bekommen Vertreter der Befreiungsbewegungen ein immer größeres Gewicht. So wurde während der Sitzung der UN - Wirtschaftskommision für Afrika (UN - ECA) gefordert, die Vertreter der Befreiungsorganisationen, die bisher nur als Beobachter zugeslassen waren, als ordentliche Mitglieder zu betrachten. Die Vertreter der FRELIMO argumentierten, sie seien zur Mitgliedschaft berechtigt, weil große Teile ihrer Länder von den Befreiungsbewegungen kontrolliert würden. Dieser Standpunkt wurde von Nigeria unterstützt, das vorschlug, alle afrikanischen Länder, die von ausländischen Mächten beherrscht seien, durch Oppositionsgruppen oder Befreiungsbewegungen vertreten zu lassen. (East African Standart,11.2.71)

Zur Rolle Malawis

Nach Angaben der Sunday News (Tansania, 21.2.71) arbeitet Malawi intensiv mit Portugal gegen die FRELIMO zusammen. Dies gilt insbesondere für die Marine der beiden Staaten bei der Überwachung des Nyasasees; die Marine von Malawi übergibt gefangene FRELIMO-Kämpfer den Portugiesen. Diese befürchten besonders einen erneuten Versuch, der im Exil lebenden malawischen Opposition durch eine Invasion die Regierung von Dr. Banda zu stürzen. Die Hauptziele Portugals sind, die Überführung von FRELIMO- Kämpfern aus Tansania ,das auch an den Nyasasee grenzt, zu stoppen und den See frei für den militärischen Transport zu halten.

USA und Südl. Afrika

In einer Rede über die Lage in der Welt offenbarte Präsident Nixon wieder einmal seine zweideutige Haltung gegenüber den von Weißen beherrschten Staaten des südl. Afrikas. Die USA beabsichtigten, so hieß es, das Waffenembargo gegen Südafrika und Portugal weiterhin aufrechtzuerhalten.In Wirklichkeit haben die USA erst vor kurzem Flugzeuge an Südafrika (Financial Times, GB, 28.10.71) und an Portugal (International Herald Tribune, USA,6.1.71) verkauft.
Die USA beabsichtigten, so hieß es weiter, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen das Regime von Ian Smith in Rhodesien zu verstärken. In Wirklichkeit haben amerikanische Firmen durch eine persönliche Genehmigung des Präsidenten 150.000 t Chróm von Rhodesien importiert. (Thimes,GB, 3.1.71)
Der Präsident behauptete, der Rassismus werde von dem amerikanischen Volk, von seiner Regierung und ihm selbst gehasst, er lehne aber Änderungen durch Gewalt ab. Die rassistischen Regierungen könnten nur durch eine Mischung von "Kontakt und moralischem Druck" dazu bewogen werden, ihre Rassenpolitik zu mildern; ihre Isolation diene weder den afrikanischen noch den amerikanischen Interessen, und damit letzten Endes auch nicht der Gerechtigkeit! (The Standard, Tansania, 26.2.71)

Bodenschätze in Mozambique

Die "Companhia do Uranio de Mozambique" hat sechs neue Titanium-Magnesium - Minen in der Nähe von Tete registriert. Die portugiesische Tageszeitung "Lourenco Marques" berichtete, Mozambique könne bald pro Jahr für 27.000 Contes (fast eine halbe Million US - Dollar) Kupfer, 10.000 bis 25.000 t Fluorit zu einem Preis von 1000 bis 2500 Escudos je Tonne, mehr als eine Million t Kohle exportieren sowie Marmor und Halbedelsteine.

Hungersnot auf den Kapverdischen Inseln

Auf den Kapverdischen Inseln, Portugals ältester Kolonie, herrscht infolge einer Dürreperiode extreme Hunersnot, durch die laut Amilcar Cabral, PAIGC, die Hälfte der Bevölkerung umzukommen drohe. Die portugiesische Regierung habe Hilfe versprochen,aber es bestehe keine Hoffnung auf Erfüllung dieses Versprechens, da die portugiesische Regierung diese Gelegenheit nutzen werde, dem Widerstand auf den Inseln ein Ende zu machen. Cabral hat den schwedischen Premierminister um Hilfe gebeten. (The Standard, Tansania, 16.4.71)

Übergriffe auf Senegal

Portugiesische Truppen haben im April drei senegalische Dörfer angegriffen. Dabei wurden fünf Personen getötet, 21 verwundet, Lebensmittel, Hütten und Vieh zerstört. Senegal hat den UN - Sicherheitsrat angerufen, Portugal um Einstellung dieser Angriffe zu ersuchen. (AFP,9/ 2o.4.71)

Frankreich untersützt Portugal und Südafrika

Aus Frankreich wird berichtet, daß Südafrika über 3o bis 1oo franösische Düsenjäger (Dassault Milan) für Bodenangriffsopperationen verhandelt.Preis pro Stück: 1.3oo.ooo R) Bis jetzt besitzt die südafrikanische Luftwaffe 43 Düsenjäger (Mirage) . (The Star Weekly, SAU, 2.1.71)
M. Pompidou sagte, Frankreich werde seine Politik der engen Zusammenarbeit mit Portugal fortsetzen. Der französische Außenminister M. Schuman erklärte, Portugal könne sich auf die Freundschaft und den Beistand ' Frankreichs bei seinem Ersuchen um Eintritt in die EWG verlassen (Diario de Noticias, Portugal, 23.1.71)

Weltkirchenrat gegen Waffenlieferungen

Der Weltkirchenrat hat einstimmig eine Resolution gegen Waffenlieferungen an Südafrika angenommen und teilte diese Resolution Heath und Pompidou mit. Außerdem forderte der Weltkirchenrat seine Mitglieder auf, ihre Regierungen und Unternehmen unter Druck zu setzen, nicht länger solche Projekte, die wie das Cabora Bassa - Projekt den rassistischen und kolonialistischen Minderheiten - Regierungen in Afrika entgegenkommen, zu unterstützen bezw. durchzuführen.

Schweden hilft den Befreiungsbewegungen

Schweden hat auch 1971 die Absicht, den antiportugiesischen Befreiungsbewegungen Geld zu geben. (The Standart, Tansania, 21.1.71)

Labour - Party für Befreiungsbewegungen

Führende Mitglieder der englischen Labour - Party haben einen Fond gegründet, um südafrikanische Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Das Geld wird ohne Auflagen vergeben. Von der Labour - Party selbst wird jedoch kein Geld in den Fond fließen. (The Standart, Tansania, 5.5.71)

Italien unterstützt Sambia

Eine italienische Parlamentsdelegation hat eine Informationsreise durch Sambia und Tansania unternommen. Die Delegation,erklärte, daß Italien Sambia in seinem Kampf gegen den Rassismus voll unterstütze und den Kampf der Völker in Mozambique, Angola, Rhodesien und Süd-Afrika um ihre Unabhängigkeit befürworte.Nach einem Treffen mit Präsidenten Kaunda, in dem dieser den NATO - Staaten nahe - legte, ihre direkte und indirekte Unterstützung Portugals einzustellen, gab der Direktor des sambischen Informationsbüros in Rom, der die Delegation begleitete, bekannt, daß Italien eine Untersuchung der NATO - Unterstützung Portugals einleiten werde.
(The Standart, Tansania,24.2.71; Times of Zambia, 21.2.71)

Informationsstelle Südliches Afrika gegründet

Am 17. Juni wurde in Frankfurt die "Informationsstelle Südliches Afrika" gegründet. Zum Zweck dieser Institution heisst es in der Vereinssatzung: "Aufgabe des Vereins ist es, die Verhältnisse im Südlichen Afrika zu untersuchen, insbesondere soziale, ökonomische,politische und rassische Konfliktursachen zu analysieren und die Ergebnisse dieser Untersuchungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen." Unter anderem will die Informationsstelle den Erfahrungsaustausch der mit dem südlichen Afrika befassten Personen, Gruppen und Institutionen ausweiten sowie Arbeitsvorhaben anregen und koordinieren, dazu soll eine Dokumentation aufgebaut werden sowie regelmässige Arbeitstagungen abgehalten werden.

In einem vorläufigen Vorstand wurden u.a.Dr.Rainer Müller vom Cabora-Bassa-Komitee Berlin und Dr.Manfred Kulessa, Geschäftsführer des DED und ein Mitglied der Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst gewählt. Die Kontaktadresse in Berlin ist:
1 Berlin 48, Kiepertstr.5,Tel.: 7759679.

KENIA - SERIE

Wo das Reisen noch schön sein soll

"... freedom from poverty, disease and exploitation; equal opportunities for advancement; rising incomes fairly distributed among the people and the recognition of the dignity of every individual." 1

Bilanz einer ernüchternden Kenia-Reise in 6 Folgen

Einer der Mitarbeiter des iz3w konnte im Frühjahr 1971 eine Reise durch Kenia unternehmen. In mehreren Folgen geben wir die Bilanz dieser Reise wieder, die mit zahlreichem Material einen Einblick in das "Entwicklungsmodell" Kenia gewähren soll.

2.Teil

Besuch in einem kenianischen Dorf:

Klassengesellschaft in statu nascendi

Fast 90 % der Bevölkerung Kenias lebt heute noch auf dem Land. Am Beispiel eines Dorfes soll gezeigt werden, wie zwei Maßnahmen der kenianischen Regierung: Kapitalisierung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens[2] und die Kapitalisierung der Schul- und Berufsausbildung eine Entwicklung auf dem Land in Gang gesetzt haben, an derem Ende sich genauso wie in der Stadt eine kapitalistische Klassenstruktur herausgebildet haben wird: Einer schmalen Schicht von Besitzern mittelgroßer und großer Farmen wird ein riesiges ländliches Proletariat gegenüberstehen, das zudem noch zu einem überwiegenden Teil unterbeschäftigt, arbeitslos und ohne die Chance sein wird, durch Abwanderung in die Städte ihr Schicksal auch nur geringfügig zu verbessern. Wie bereits der erste Beitrag dieser Serie über einen Besuch in Kenia zielt auch der nachfolgende Beitrag darauf ab, den einleitend zitierten programmatischen Kernsatz dessen, was die kenianische Regierung als ihr spezifisch afrikanisches sozialistisches Bekenntnis ausgibt, als blanke Ideologie aufzudecken. Die kenianische Regierung setzt auf die Karte Kapitalismus. Die von ihr durchgesetzte oder mitdurchgesetzte Umwandlung von Boden und Bildung in Ware überführt sie ziemlich eindeutig dieser Intention.

M. ist ein ca. 400 Einwohner zählendes Dorf[3] irgendwo in den sog. "White Highlands" Kenias, dem Siedlungsgebiet englischer Kaffee- und Teefarmen. Man lebt in M. von der Landwirtschaft, Gartenbau, etwas Viehzucht und ein wenig Heimindustrie, für die es aber nur einen unsicheren Absatzmarkt gibt. ... und man lebt schlecht dabei - auf diesem Boden, der zu den fruchtbarsten Kenias gehört; das heißt: nicht alle leben schlecht; es gibt Unterschiede - neuerdings.

I. Die Kapitalisierung des Bodens

Die Schwierigkeiten in M. begannen, als das Land knapp wurde - in den Jahren, in denen sich englische Siedler in der Nachbarschaft des Dorfes niederließen und unbebautes Land, das zwar altes Kikuyu - Stammesland war , für das aber niemand einen Eigentumstitel vorweisen konnte, in Besitz nahmen und in Individualeigentum umwandelten. Von dem Zeitpunkt an war der Ausdehnung der dörflichen Anbaufläche enge Grenzen gesetzt. Immer mehr Menschen mußten von der gleichen Menge an Land leben. Aber noch war Land nicht zur Ware geworden. Land blieb Besitz der Großfamilie (und alle Mitglieder der Familie hatten Anspruch darauf, an den gemeinsam erwirtschafteten Ertrag gerecht beteiligt zu werden). Noch wurde die Not innerhalb der einzelnen Großfamilie so umverteilt, daß niemand höchste Not litt.

Mit dem Swynnerton-Plan, einem englischen Abwehr-Reformplan gegen den Mau-Mau-Aufstand kam dann der Kapitalismus ins Dorf:
Der Besitz der Großfamilie an Boden (und Vieh) wurde juristisch korrekt auf die "eigentumsfähigen" erwachsenen Personen jeder Großfamilie aufgeteilt und wurde nach englischem Vorbild individuell vererbbares und verkaufbares Eigentum einzelner Personen. Den anfänglichen Widerstand gegen diese Kapitalisierung des wichtigsten Produktionsmittel des Dorfes hatte die Kolonialregierung durch großzügige Kreditangebote für den Ankauf von Saatgut, Düngemittel, Arbeitsgeräte usw. gebrochen - Kreditangebote, die sie nur demjenigen zugänglich machten, der einen im Grundbuch des Dorfes fixierten individuellen Besitztitel über Grund und Boden hat. Zur optischen Einübung dieses neuen kapitalistischen Eigentumbegriffs wurde mit der Aufteilung des Bodens jeder Eigentümer von Land angewiesen, seinen Besitz mit einer Pflanzenhecke zu umgeben.

In M. gab es seit der englischen Besitznahme allen unbebauten Landes in der Nachbarschaft des Dorfes Großfamilien, die gemessen an ihrem Mitgliederbestand über weniger und solche, die über mehr Land verfügten, denn als mit dem Kommen der Engländer Land knapp wurde, konnte eine Großfamilie bei wachsender Mitgliederzahl bald nicht mehr länger soviel an Land bebauen, wie sie an arbeitsfähigen Männern und Frauen besaß, sondern sah sich zukünftig auf die Bodenmenge beschränkt, die sie zum Zeitpunkt der englischen Farmerinvasion "unter der Hacke" hatte. Während der Besitzstand an Boden in den nachfolgenden Jahrzehnten konstant bleiben mußte, veränderte sich natürlich weiter der personelle Bestand jeder Großfamilie. Entsprechend der besseren medizinischen Versorgung wuchsen personell zwar alle Großfamilien des Ortes - einige jedoch schneller, andere langsamer. Die Folge war, daß zum Zeitpunkt der Realisierung des Swynnerton-Plan den eigentumsfähigen Mitgliedern der verschiedenen Großfamilien notwendig verschieden viel Land zugeteilt wurde. So waren nach dem Vollzug des "Landreformplanes" bereits Unterschiede im Besitz von Land gegeben. Diese Unterschiede waren aber zunächst nicht wirklich gravierend. Sie begannen dies erst zu werden, als Land dann tatsächlich auch als Ware gehandelt wurde: Schon sehr bald nach der Anpflanzung der Hecken nämlich gab es in M. einerseits Leute, die Land verkaufen wollten oder mußten (z.B. um das Schulgeld für die Kinder aufzubringen oder um den Brautpreis für die Frau des Sohnes zu finanzieren) und andererseits Leute, die Land aufkaufen wollten und konnten. Zu den letzteren gehören in der Regel die Gruppe von Personen, die bei der genannten Aufteilung des Bodens am besten abschnitten und über soviel Land verfügen, daß sie aus ihm mehr erwirtschaften können als sie für den eigenen Verbrauch benötigen, also einen Teil der agrarischen Produkte vermarkten können. Zur Gruppe der Verkäufer gehört in der Regel die Personengruppe, die schlecht abschnitt bei der "Landreform" und von daher über keinen vermarktungsfähigen Überschuß aus der landwirtschaftlichen Produktion verfügen - zu Geld demnach nur über den Verkauf von Land (oder Aufnahme von Hypotheken) oder über Lohnarbeit kommen können, wobei Lohnarbeit in M. allerdings so wenig erbringt und so unsicher ist, daß, wie später gezeigt wird, größere Ausgaben hieraus nicht zu bestreiten sind.

Die gesellschaftliche Entwicklung in M. ist damit klar vorgezeichnet: Einige (Klein-) Familien akkumulieren Land. Andere verlieren teilweise oder ganz ihr Land. In M. werden deshalb heute schon die Konturen von 2 Klassen sichtbar: eine Klasse der verhältnismäßig viel Besitzenden (von 10 acre aufwärts) und die Klasse der Nicht- oder Wenig-Besitzenden (unter 2 acre).[3]

Aus den Gruppen der Besitzlosen und Wenig-Besitzenden rekrutieren sich jetzt die ersten Tagelöhner, die für 50 DM pro Monat und weniger bei den Großbesitzern arbeiten. Ein Mann im Dorf, der es bereits zu mehr als 40 ha fruchtbaren Gartenlands gebracht hat, beschäftigt 6 Leute, fährt ein Auto und ist der Mann im Ort, "mit dem man sich gut stellen muß".

Mit den malerisch anmutenden Hecken im Dorf hat man zugleich begonnen, die Großfamilie auseinanderzudividieren: Die Brüder wirtschaften nicht mehr länger in eine gemeinsame Haushaltskasse, sondern von nun an ein jeder von ihnen in seine eigene. Entsprechend beginnt Not zu einer Angelegenheit des einzelnen zu werden.

In M. pflanzte man die Hecken noch während der Kolonialzeit; in anderen Dörfern erst nach der Unabhängigkeit. Die neuen Machthaber in Kenia setzten also dieses von den Engländern eingeleitete "Reformwerk" unbekümmert fort. Auch in diesem Punkt wollte man sich, als man endlich an der Macht war,

nicht auf die "sozialistischen Werte des alten Afrikas" zurückbesinnen, "aus denen Kenia seine Aufbau- und Entwicklungskraft schöpfen"[4] sollte. Warum man es nicht wollte?

Bis zum Tage der Unabhängigkeit waren alle wichtigen Politiker und Beamte zu Landeigentümer aufgerückt und hatten demnach selbst schon ihre eigenen Hecken gepflanzt.

Zugegeben, an Land würde es in M. auch ohne Kapitalismus fehlen. Der Kapitalismus hat jedoch begonnen, aus einer egalitären Dorfgesellschaft eine Klassengesellschaft zu machen, was konkret für M. bedeutete, daß viele Familien Schritt für Schritt (noch) ärmer werden und einige vergleichsweise reich[5].

II. Schulbildung und berufliche Ausbildung als Ware

In M. erweist sich das, was zunächst als Ausweg aus der Proletarisierung der breiten Dorfbevölkerung erscheinen könnte - nämlich das kenianische Schul- und berufliche Ausbildungssystem - gerade als ein wesentliches, wenn nicht das wesentliche Wirkungsmoment dieser Proletarisierung: Kenia finanziert seine Bildungskosten (Primary School, Sekundary School, Lehrlingsausbildung, Universität) zu 2/3 aus dem Etat der Regierung und zu 1/3 aus Schulgebühren, die sowohl für die Primary School, als auch die Secondary School und alle nicht-universitären Berufsausbildungsstätten erhoben werden (die Universität macht eine gewisse Ausnahme; hier subventioniert die Regierung mit einem großzügigen Angebot an Stipendien [6]).

In M. Kostet demnach der Besuch der Grundschule Geld: ca. 40 DM pro Jahr. Gemessen an dem Lohn eines Landarbeiters verschlingt das Schulgeld bei drei Kindern im schulfähigen Alter (soviel sind es im Durchschnitt in jeder Familie in M.) 20 % des jährlichen Einkommens - vorausgesetzt, er ist, wie nur wenige Landarbeiter in M., das ganze Jahr über beschäftigt. Gemessen an der Einkommenssituation in der Heimindustrie verlangt das Schulgeld für drei Kinder beispielsweise die Produktion und Absatz von 40 - 60 Sisalkörben. Die Produktion eines Sisalkorbes nimmt die Arbeitskraft einer Frau für 3 volle Arbeitstage in Anspruch. Hier ist zu bedenken, daß der Absatz der Heimindustrieprodukte höchst unsicher ist. Nur wenige Familien im Dorf haben einen gesicherten Zugang zum Markt.

Stabil zu finanzieren ist eine Schulausbildung in M. lediglich aus dem Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten oder aus dem Verkauf von Land und Vieh bzw. die Belastung von Land mit Hypotheken. Die erste Möglichkeit steht nur denen offen, die (inzwischen) soviel Land und Vieh besitzen, daß sie aus beiden mehr erwirtschaften können als sie für den eigenen Verbrauch in der Familie benötigen. Die zweite Möglichkeit bietet sich zwar heute noch vielen Leuten im Dorf an - etwas verkauffähiges Land besitzt noch mehr als die Hälfte der Familien im Dorf; für diese "small holders" (Kleinbauern) bedeutet jedoch Land- und Viehverkauf oder die Aufnahme von Hypotheken eine sofortige Schmälerung der Existenzgrundlage bzw. die Gefährdung der zukünftigen Existenz.

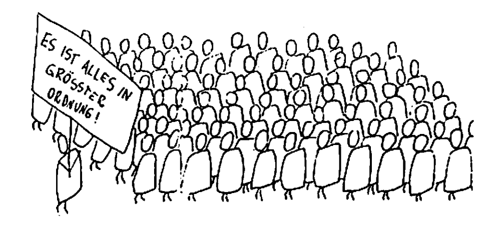
Warum Grundschule überhaupt? Wer in M. die Kosten für eine Grundschulbildung scheut und zugleich seinen Kindern kein genügend großes Stück an Land (und Viehbesitz) vererben kann - und das können jetzt nur noch einige und nach erneuter Erbteilung nur noch wenige - hat bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation für seine Kinder mit großer Wahrscheinlichkeit chronische Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Kauf zu nehmen. Wollen Eltern also versuchen, dieses Schicksal von ihren Kindern abzuwenden, sind sie gezwungen, das Schulgeld für die Grundschule aufzubringen. In M. sind es erstaunlich viele Eltern, die dieses Opfer auf sich nehmen: 60 - 70 % der Kinder im Dorf starten in der ersten Schulklasse. Ihre Zahl reduziert sich zwar drastisch bis zur vierten Klasse, dem Abschlußjahr der Grundschule, aber immerhin verlassen wohl mehr als 50 % die Schule als Alphabeten und qualifizieren sich besser am Arbeitsmarkt gegenüber denen, die nicht rechnen und schreiben können. Land- und Viehverkauf und Aufnahme von Schulden ist ein häufiges Mittel, wenn nicht das häufigste, über das Eltern in M. ihren Kindern den Schulbesuch ermöglichen. Käufer und Gläubiger sind natürlich die reicheren Familien im Dorf, die auf diese Weise ihren Besitzstand weiter vergrößern können.

Das Opfer der Finanzierung einer Grundschulbildung zahlt sich jedoch in M. wie überall in Kenia immer schlechter aus. 50 % der Grundschul-

absolventen sind 1970 in den ersten Jahren nach der Schulentlassung arbeitslos. In M. liegt der Anteil wahrscheinlich noch sehr viel höher. Ist also die Situation der Schulungebildeten aussichtslos, so ist die Situation der regulären oder vorzeitigen Absolventen immer noch als ausgesprochen schlecht zu bezeichnen. Der Landverkauf oder die Hypotheken ist demnach in M. in der Mehrzahl der Fälle eine Fehlinvestition. Söhne und Töchter sind nach Absolvierung der Schule nicht in der Lage, das Opfer der Eltern durch Beiträge zur Haushaltskasse aus einem eigenen Einkommen zu vergüten. Im Gegenteil: solange sie arbeitslos sind und sich nicht entscheiden, ihr "Glück" in Nairobi[7] zu versuchen, zehren sie weiterhin am Einkommen der Eltern.

Besser sieht die Arbeitsmarktsituation für denjenigen aus, der nach der Grundschule eine Berufsausbildung oder eine Oberschule absolviert hat (und in Anschluß daran vielleicht sogar ein Studium an der Universität des Landes abgeschlossen hat). Hier ist Schulgeldgebühr dann allerdings eine unüberwindbare Barriere für die überwiegende Mehrzahl der Familien in M. Die jährlichen Kosten für den Besuch einer secondary school belaufen sich im Schnitt auf 400 DM pro Jahr. Hinzuzurechnen ist das Fahrgeld für die Busanfahrt zur Schule. Für eine handwerkliche Berufsausbildung sind ebenfalls als Lehrgeld 150 - 250 DM zu veranschlagen. Aus Lohnarbeit und Heimindustrie sind solche Schulgebühren nicht mehr zu erbringen. Verkauf von Land und Aufnahme von Hypotheken wäre abermals eine Lösung. Bei den meisten Kleinbauern des Dorfes jedoch hieße das bei zwei oder auch nur einem Kind, einen existenzvernichtenden Schritt zu tun. Schulische Weiterbildung und berufliche Ausbildung ist deshalb über das System der Schulgelderhebung zum Privileg der reicheren Bauern geworden. Nur sie besitzen die finanzielle Potenz, Sohn und Tochter so auszubilden, daß für diese gute Aussichten am Arbeitsmarkt bestehen; und das zahlt sich dann auch für die Eltern aus: Während die schlechter beruflich vor- und ausgebildeten Kinder aus den armen Familien des Dorfes, deren inadäquate Schulbildung schon genug am Geldbeutel und Besitz der Eltern gezehrt hat, diesen in der Mehrzahl der Fälle auch nach Schulabgang noch weiter "auf der Tasche liegen", werden die besser ausgebildeten Kinder aus den reicheren Familien des Dorfes, sobald sie einen Arbeitsplatz haben, zu einer weiteren wichtigen Einnahmequelle ihrer Herkunftsfamilie. Sie führen gewöhnlich mit Zins und Zinseszins das an die Familie zurück, was in sie im Verlauf ihrer Schul- und Berufsausbildung von dieser Seite her investiert wurde.

siba



1) sozialpolitische Ziele, die die Kenianische Regierung vorgibt, mit ihrem seit 1970 laufenden 5-Jahres-Plan anzusteuern; abgedruckt in "Planning for Progress-Our Second Development Plan", Nairobi 1970

2) Diese Maßnahme ist bereits von der Kolonialregierung eingeleitet worden, nach der Unabhängigkeit aber von der kenianischen Regierung konsequent fortgesetzt worden.

3) Das Dorf existiert tatsächlich; sein Name und seine Lage sind in diesem Zusammenhang uninteressant; M. soll stellvertretend für andere Dörfer in Kenia stehen - zumindest soweit es Dörfer im Stammesgebiet der Kikuyu sind.

4) Sessional Paper No 10; Nairobi 1965; S. 10.

5) Zusätzlich beschleunigt wird dieser Klassenbildungsprozeß durch die Auswirkungen der Erbteilungen, die den Besitz armer Familien schneller parzellieren als den der reichen, weil diese Familien überzähligen Erbanwärtern weit eher als Kompensation für einen Erbverzicht eine Berufsausbildung anbieten können.

6) Hierauf geht Beitrag 3 der Serie näher ein.

7) Hierfür müssen sie jedoch ein Alter von 16, 17 Jahren erreicht haben; was sie dort erwartet, suchte Teil 1 der Serie zu beschreiben.

Fortsetzung Heft 10: "Noch besser und vornehmer als Eaton - Besuch in einer kenyanischen Elite-High-School

IRAN

Strukturdaten der Unterdrückung

Allgemeines:

Fläche: 1 645 000 qkm (BRD: 248 000 qkm)

Einwohner: 28 Mill., d.h. 17 Einw. pro qkm

Hauptstadt: Teheran mit 3,1 Mill. Einwohnern

Mitgliedschaften: Gründungsmitglied der UN, der UN-Wirtschaftskommission. (Persien unterschrieb die Statuten der UN-Menschenrechts-Kommission voll inhaltlich und bekennt sich auch heute noch offiziell dazu.) Mit der EWG besteht ein Handelsabkommen.

Persien politisch-sozial:

Der Schah übt, obwohl Persien verfassungsgemäß eine konstitutionelle Monarchie ist, seit dem Sturz der Regierung Dr. Mossadeghs durch den amerikanischen Geheimdienst CIA am 19. Aug. 1953 unumstritten die gesamte Macht im Staate aus, gestützt durch eine korrupte Administration und eine starke Exekutivgewalt (Militär und Polizei). Sämtliche politischen Parteien sind verboten. Für das Schattenboxen von in gewissen Zeitabständen stattfindenden Wahlen konstituieren sich kurzfristig jeweils "Funktionelle Gruppen", die nach den Wahlen ihre Tätigkeit wieder einstellen. Ähnlich, wie in Indonesien, wird der Wahlsieg schon im voraus abgesichert. Nach Angaben von Amnestie-International sitzen gegenwärtig etwa 20 000 politische Gefangene in Persiens Folterkammern. Zur Erhaltung von "Ruhe und Ordnung" ist das ganze Land von einem dichten Netz von Spitzeln des Geheimdienstes "SAVAK" überzogen, der auch in der BRD und in den USA umfangreiche Aktivitäten entfaltet. Jede Art von Kritik am Schah-Regime wird mit brutaler Gewalt unterdrückt. Am 5.6.63 z.B. gab es bei einer Demonstration gegen die iranische Politik ca. 4000 Todesopfer, die ihr Leben durch Maschinengewehrsalven des Militärs lassen mußten.

Analphabetenquote: ca. 60 % (gemessen an der über 10 Jahre alten Bevölkerung).

Arbeitslosigkeit: 1969 waren ca. 25 % der gelernten Facharbeiter arbeitslos, darüber hinaus eine sehr hohe, aber nicht genau zu bestimmende Masse ungelernter Arbeiter. Kinderarbeit zu Niedrigstlöhnen ist weit verbreitet. Etwa 1,5 Mill., d.h. fast 50 % der Einw. Teherans leben in Slums. 200 000 Menschen davon leben in unterirdischen Höhlen oder überfüllten Lehmhütten, die Kaninchenställen gleichen. Das Proletariat besitzt in Persien keine Wohnungen. Einen sozialen Wohnungsbau gibt es nicht. Dagegen wohnt die Oberschicht in prunkvollen Palästen.



Die mittlere Lebenserwartung der Perser liegt bei ca. 30 Jahren, die Kindersterblichkeit bei 50 %. Über 50 % der Einwohner sind Jugendliche unter 18 Jahren.

Bildungspolitik: An den 1183 höheren Schulen und 83 (!) Berufsschulen fehlen insgesamt 15 000 Lehrer. An den neun Universitäten des Landes studieren nur 19 000 Studenten. Der

Rest der Studierwilligen - falls er keine Möglichkeit hat, im Ausland zu studieren - strebt entweder in der Armee eine Karriere an oder muß sein Schicksal mit dem Proletariat teilen.

Persische Wirtschaft:

a) Allgemein:

Volkseinkommen (1969): 26,4 Mrd. DM. Pro-Kopf-Einkommen (1969): ca. 900 DM. (Zum Vergleich: Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den Entwicklungsländern beträgt ca. 300 - 350 DM!)

Bei gleichbleibenden Löhnen stiegen die Lebenshaltungskosten in Persien seit 1952 um ca. 160 %. Dies wirkte sich verheerend für die arme Bevölkerung aus.

Vermögensverteilung:

Staatshaushalt: Im Jahre 1968/69 5 Mrd. DM.

Auslandsverschuldung: Im Jahre 1969: 4 Mrd. DM. Das Zahlungsbilanzdefizit betrug 1968/69 450 Mill.DM.

b) Landwirtschaft:

12,5 % der Gesamtfläche des Iran sind anbaufähig, nur 4,8 % sind genutzt, während die restlichen 5,7 % brach liegen. Flächenmäßig verteilten sich vor der Landreform 85 % des fruchtbaren Bodens auf Großgrundbesitz, 1 % auf gemischten Besitz und 14 % entfallen auf kleinbäuerliche Betriebe. 85 % der persischen Landbevölkerung lebt von der Landwirtschaft. Der Großgrundbesitz wird von sogenannten Anteilbauern bewirtschaftet, die kein Land besitzen und als Pachtzins 60 % ihres Ertrags an den Grundherrn abliefern müssen. Sie sind daher keine Wirtschaftspartner, sondern Hörige des Grundherrn. Die Abhängigkeit vom Grundherrn wird vielfach noch dadurch verstärkt, daß die Grundherrn gegen hohe Gebühren Arbeitsgeräte, Bewässerungsanlagen und Viehbestände verleihen. Das Risiko einer Mißernte, die durchschnittlich alle 5 Jahre einmal vorkommt, trägt der Kleinbauer. Nach der "revolutionären Bodenreform des Schahs" besitzen die Großgrundbesitzer noch 75 % des nutzbaren Bodens. Der 9 %ige Anteil, den die Bauern hinzubekamen, beschränkte sich auf den schlechtesten Boden. Die Großgrundbesitzer wurden durch Industriezertifikate großzügig entschädigt. Die Bauern müssen den Boden in Raten auf 15 Jahre abzahlen.

c) Industrie:

Erdöl:

Der Iran ist vorwiegend ein Ölland.

Die Rohölförderung betrug

1951: 30,4 Mill. Tonnen
1961: 62,2 Mill. Tonnen
1964: 83,3 Mill. Tonnen
1966: 101,5 Mill. Tonnen
1968: 141,8 Mill. Tonnen
1969: 168,5 Mill. Tonnen

Die Förderung wird bei einer jährlichen Zuwachsrate 1971 voraussichtlich über 210 Mill. Tonnen liegen. Dabei steigen die Gewinne um 20 % jährlich an.
Die Förderquellen liegen hauptsächlich am persischen Golf, darüber hinaus noch im persischen Hochland und am Kaspischen Meer.

Die wichtigsten Ölkonzerne im Iran sind die Mitglieder des Konsortiums von 1954:

1) British Petroleum Oil Co. (BP, früher AIOC), Beteiligung 40 %
2) Standard Oil CO. of New Jersey (8 %)
3) Standard Oil CO. of California (8 %)
4) Texas & CO. (8 %)
5) Socony-Vacuum Oil CO. (heute Socony Mobil Oil) (8 %)
6) Gulf Oil Corporation (8 %)

Dies ergibt eine Beteiligung der US-Firmen von 40 %.

7) Royal Dutch Shell (60 % niederländisch, 40 % britisch - Beteiligung 14 %
8) Compagnie francaise des Pétroles - Beteiligung 6 %.

Dieses Konsortium zwang der persischen Regierung nach dem CIA-Putsch von 1953 mit der Unterstützung der US-Regierung einen Ölvertrag auf, der faktisch bis 1996 gültig ist und den USA über die Firmengewinne höhere Steuereinnahmen bringt, als Persien insgesamt daran verdient. Persien soll zwar 50 % der Reingewinne erhalten, aber der Vertrag fordert von Persien 2,4 Mrd DM als Schadensersatz für Gewinnausfälle

während der Zeit von 1952-54, als die AIOC (BP) verstaatlicht war. Persien zahlt heute noch daran. 1957 wurden 42,8 % des geförderten Rohöls in Persien raffiniert, 1964 nur noch 21,6 %. Dies zeigt, in welchem Maße die Raffinierungsindustrie aus Persien abgezogen wurde. Während 1955 noch 50 000 Arbeiter in der iranischen Ölindustrie beschäftigt waren, sank die Zahl der Beschäftigten bis 1969 auf ca. 16 800. Der Tagesverdienst eines Ölarbeiters beträgt ungefähr 2,50 - 3,50 DM!! Täglich verbrennen die Ölgesellschaften 30 Mill. Kubikmeter Erdgas, was als Abfallprodukt mit anfällt. Nach Schätzungen betragen die persischen Ölvorkommen etwa 5 Mrd Tonnen. Man schätzt, daß die Quellen bis 1992 erschöpft sind! Das Öl bringt Persien ca. 73 % der Devisen ein. Der Anteil des Erdöls am Gesamtexport betrug 1969 89,75 %.

Erze:

Außer Erdöl besitzt Persien noch bedeutende Lager an Eisen, Kupfer, Blei- und Chromerze, außerdem an Kohle. Diese werden zur Zeit nicht gefördert. Der dazu nötige Grundbesitz gehört fast ausschließlich dem Öl-Konsortium.

Sonstige Industrie:

Der Industrieanteil (ausgenommen ist die Ölindustrie) am Nationaleinkommen beträgt in den letzten Jahren durchschnittlich 13 - 17 %. Das Aufkommen jeder nationalen Kleinindustrie wird mit allen Mitteln verhindert. Die oben erwähnten Fakten, nämlich der Rückgang der ölverarbeiteten Industrie, verbunden mit einer erheblichen Reduzierung der Arbeitskräfte unter gleichzeitiger Erhöhung der Ölausbeutung verkehren die Absicht, dem Iran aus dem Status eines Entwicklungslandes herauszuhelfen in ihr Gegenteil.

BRD und Persien:

Abgesehen vom Öltransfer ist die BRD der größte Außenhandelspartner Persiens.
Einfuhr aus der BRD im Jahre 1968/69: 1,01 Mrd. DM, d.h. 21 % der Gesamteinfuhr (zum Vergleich: USA 0,86 Mrd. DM, d.h. 16,5 %). Mit der BRD besteht im Rahmen der EWG ein Handelsabkommen.

Verwendete Literatur:

1) Mohamed Reza Schah von Persien, Die soziale Revolution Irans, Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf 1966
2) Hassan Nazari, Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl, Pahl Rugenstein Verlag, Köln 1971
3) Bahman Nirumand, "Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder die Diktatur der freien Welt", rororo aktuell 945
4) Iran-Report, Juli 1970, Febr. 1971, Conföderation iranischer Studenten, Frankfurt
5) Informationsmaterial über politische Häftlinge im Iran, zu beschaffen bei: Amnesty International, 1070 Wiem, Museumstr. 5
6) Dr. h.h. Heldmann, Rechtsanwalt, Bericht über eine Iranreise vom 10.10. - 21.10.1970.

hf

Nachricht:

2500-Jahrfeier in Persien

Am 23. Oktober feiert das persische Kaiserreich das 2500. Jahr seines Bestehens seit der Gründung durch Kyros 539 v.Chr., wobei einige kleinere Unterbrechungen von ungefähr 1400 Jahren durch die besonders glorreichen Taten des 1921 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommenen Kosakenkommandeurs Resa genannt Pahlawi und seines 1941 auf britischen Druck hin vorzeitig auf den Thron gehobenen Sohnes Mohammed Resa Pahlawi voll ausgeglichen wird.

Die Vorbereitung dieser Feier geht parallel mit zahlreichen Verhaftungen in Persien. Die Einheit zwischen Regime und Volk soll ohne oppositionelle Stimmen demonstriert werden.
Um diesen Eindruck auch den zahlreichen Touristen zu vermitteln, wurde der Termin in der Hauptreisezeit günstig gewählt.

IVAN ILLICH

von Nicolas Bausch

Nicolas Bausch, Doktorand in Freiburg, hatte anläßlich einer Mexicoreise Gelegenheit, das CIDOC - Institut in Guernavaca zu besuchen und mit Ivan Illich zu sprechen. Der folgende Artikel, den Bausch dem iz3w überließ, scheint uns besonders wegen der Behandlung der Thesen Illichs lesenswert. Red.

"Wir haben die Freiheit, aber man kann sie nicht essen"
(ein mexikan. Peon)

1.

Besuch in Guernavaca

"Was ist das, 'Entwicklung'? Erst 'Entwicklung' schafft Unterentwicklung, die Menschen werden durch die Entwicklungshilfe künstlich verarmt!" Während wir durch den Garten des CIDOC-Institutes schreiten, spricht Illich solch kühne Sätze - mit lächelndem Gesicht, denn er ist sich seiner Sache absolut sicher, als spräche er über mathematische Formeln. - Einen Tag halte ich mich im "Centro intercultural de documentation", kurz: "CIDOC-Institut" genannt, auf, spreche mit dem Direktor Ivan Illich, interviewe Mitarbeiter und Studenten seines Institutes. Diese Forschungs- und Ausbildungsstelle liegt inmitten herrlicher subtropischer Gärten im Villenvorort der Millionärsstadt Cuernavaca im mexikanischen Bundesstaat Morelos, südlich von Mexico-City. Die Gebäude, die Umgebung, die Atmosphäre - nichts läßt darauf schließen, daß in diesem Institut die wohl radikalsten Projekte über die Zukunft Lateinamerikas erdacht werden, radikaler als alle Programme der Guerilleros, der Tupamaros, der Kubaner, geschweige der diversen KPs.

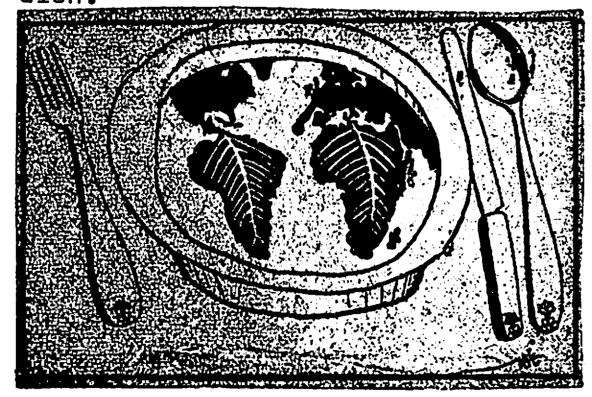
Aber in Cuernavaca werden keine Maschinengewehre gehortet und kein Maospruch, noch Che-Guevaras melancholischer Poster-Look, ziert irgendeine Wand, noch durchstreifen bärtige Revolutionäre die Räumlichkeiten des Institutes. Die "Revolution", über die die CIDOC-Mitarbeiter nachdenken, liegt in weiter Ferne, sie ist ein Phantom und Illich gilt vielen - allzuvielen als ein Phantast, dem man seine Intelligenz - er spricht acht Sprachen - nicht abstreiten kann. Dr. Ivan Illich ist das enfant terrible der katholischen Kirche, nicht nur in Südamerika, der Ruf, der wohl profundeste Kenner der lateinamerikanischen Verhältnisse zu sein, wird ihm und muß ihm, kennt man seine Thesen, streitig gemacht werden. Aber den linken Revolutionären, die nach der politischen Revolution schreien, ist der Ex-Priester ebenso unheimlich, Illich paßt in keine Schemata, scheint in vielem widersprüchlich, seine Ironie ist den meisten ein Ärgernis, einige konventionelle Bischöfe verweigern die Auseinandersetzung mit dem radikalen Denker und nehmen ihn schlicht nicht ernst. Doch für Mexikos Intelligenz, für eine unabsehbare Anzahl fortschrittlicher junger Priester, für seine Studenten im CIDOC ist Illich ein Idol, der große Lehrmeister.

Wer ist Dr. Ivan Illich, über den sich vor allem katholische Geister wohl mehr zerstreiten als über eine andere Person der Kirche? Illich wurde vor 35 Jahren als Sohn eines katholischen Dalmatiners und einer evang. getauften Jüdin in Wien geboren (man hört deutlich Illichs österreichischen Akzent), studierte in Europa Geschichte, Philosophie und Theologie jeweils bis zum Abschluß. Seit 1951 lebte er als geweihter Priester in den USA und arbeitete bereits dort in den Gettos von Harlem, ging darauf ein paar Jahre nach Puerto Rico, wo er es bis zum Vize-Rektor der dortigen Universität brachte. Der Aufenthalt in Jamaica und die Studien der Slums auf der karibischen Insel bedeuteten

für Illich sein "Schlüsselerlebnis". Fortan beschloß er, sein Leben der Erforschung der Strukturen Lateinamerikas zu widmen, die ursächlichen Gründe für die Rückständigkeit des Subkontinents ausfindig zu machen. Seit 1960 leitet Ivan Illich das fortan berühmt-berüchtigte CIDOC-Institut unter der Schirmherrschaft des progressiven Bischofs von Cuernavaca. Auf den spektakulären Zusammenstoß mit dem Vatikan, der Illich über Mexikos Grenzen hinaus populär gemacht hatte, soll hier nicht näher eingegangen werden, da seine Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche, die von unerbittlicher Schärfe gekennzeichnet sind, in einen anderen Zusammenhang gehören. Es bleibt nur festzuhalten, daß Illich als bisher einziger Katholik in der 400-jährigen Geschichte der "Kongregation für die Glaubenslehre" (heutige Bezeichnung der alten Inquisition) den Fragebogen veröffentlichte, den ihm die interne Organisation des Vatikan zur fügsamen Beantwortung zugeschickt hatte, ein für Katholiken beispielloser Eklat! Illich verzichtete bald auf die weitere Ausübung des Priesteramtes, um sich seitdem einzig der Problematik Lateinamerikas zu widmen, er bleibt dennoch gläubiger Christ. Paul VI., indigniert durch das "skandalöse" Verhalten des streitbaren Priesters, mußte in seinem Plan scheitern, das CIDOC-Institut der lateinamerikanischen Bischofskonferenz zu unterstellen, eine Herbeizitierung des Bischofs von Cuernavaca nach Rom erwies sich als nutzlos. Dieser Kirchenfürst schützt Illich, der Gouverneur von Morelos duldet ihn, die mexikan. Regierung bleibt skeptisch. "Natürlich haben wir hier ab und an einige Herren der mexikanischen Staatspolizei", kommentiert Illich auf meine Frage nach Agenten, "aber bitte, sollen sie doch nur kommen, wir unterrichten sie gleich mit! Wir haben nichts zu verbergen." Illich hat vor niemandem Angst, er ist auch inzwischen zu populär, als daß man ihn einfach ins Gefängnis setzen könnte. Illich ist klug genug, sich aus der aktuellen Politik der Staatspartei Mexikos herauszuhalten, seine revolutionären Thesen beziehen sich auf die Strukturen ganz Lateinamerikas und diese kulturrevolutionären Gedanken des Ex-Priesters sind ohnehin so utopisch, daß sie bislang noch niemandem gefährlich werden können.

Illich darf publizieren, was er will, doch vielleicht wissen nicht alle, die ihn für einen spinnigen Phantasten halten, welcher Sprengstoff in seinen Thesen liegt, die sämtliche bisherigen Entwicklungskonzepte für die III. Welt auf den Kopf zu stellen scheinen. Unter dem Deckmantel neutraler "seriöser" Wissenschaftlichkeit der CIDOC-Publikationen steckt mehr Dynamit als man vielleicht annehmen mag, wenn die Konzepte Illichs vielleicht auch erst in Jahrzehnten Folge zeigen sollten, bisher ist alles Utopie. Der äußere Eindruck des Institutes täuscht den Besucher ohnehin. Da wandeln amerikanische Studenten durch die blühenden Gartenanlagen und lernen – spanisch! Denn das CIDOC verdient seinen Unterhalt vorwiegend mit Sprachkursen. Bislang durchliefen ca. 10 000 Teilnehmer die Sprachschule des Institutes, daneben gibt es Einführungskurse in die Geschichte und Gegenwart Lateinamerikas, soziologische Kurse über Slums, Marginalität und Probleme der Entwicklungspolitik. Illich ist ein gefragter Mann. Besucher aus aller Welt kommen in Scharen zum berühmten Dr. Illich angereist, so daß jeder sich erstmal in eine Besucherliste eintragen muß; Glück dem, der ihn für eine halbe Stunde erwischt.

Die Thesen dieses katholischen Sozialrevolutionärs, dieses radikalen Humanisten, der den heiligen Thomas genau so gründlich studiert hat wie Karl Marx, sind auf den ersten Eindruck so provozierend, daß man zunächst verwundernd davon Kenntnis nimmt, "linke" wie "rechte" Entwicklungsexperten stößt Illich gleichermaßen vor den Kopf. Doch Illich ist kein Essayist, er hat bald 20 Jahre über die Probleme und die Zukunft Lateinamerikas nachgedacht und seine Radikalität ist eine logische Folge empirisch-analytischer Studien.



2.
ILLICHS provozierende Thesen

"Das heutige Lateinamerika braucht Schulsysteme sowenig wie Eisenbahnen."

Illich kommt nicht von einer Ideologie her, die aus dem Blick erarbeiteter Theorie die Praxis revolutionär verändern möchte, sondern Illichs Gedanken erwuchsen in ihren scharfen oft bissigen Formulierungen einer langjährigen praktischen Anschauung der Verelendung der Neger in New York, der Slums in Puerto Rico, schließlich den Studien über das Landproletariat wie städtische Subproletariat Mexikos.

Ivan Illichs Ansatz einer Kritik an der bisherigen Entwicklungspolitik ist deshalb so viel kühner als die aller herkömmlichen Sozialrevolutionäre, da er das, was wir schlicht im Sprachgebrauch als "Entwicklung" bezeichnen, generell in Frage stellt. Darin unterscheidet er sich in deutlicher Diskrepanz etwa von Castro oder Allende, die zwar Kommunisten bzw. Sozialisten sind, aber unter umgekehrten Vorzeichen etwas ähnliches erreichen wollen, wie die herkömmlichen konservativen Regierungen Lateinamerikas, nämlich: mehr Entwicklung, mehr Industrie, mehr Schulen, mehr Krankenhäuser etc. Die Differenz zwischen der radikal-sozialistischen Regierung Kubas und, krass gegenüber gestellt, der faschistoiden Militärjunta Brasiliens besteht für Illich in methodischen Abweichungen, nicht jedoch in fundamentalen, das festzuhalten ist wichtig, um Illichs Denkansatz zu verstehen. So werden die Brasilianer den Konsum einer oligarchischen Oberschicht mit Privatautos anreizen, die Kubaner hingegen bauen Schulen für die Landbevölkerung. Sicher, aber sieht man von dem Kampf der verschiedenen Wirtschaftssysteme ab und deren verfilzten Ideologien, so treffen sich die propagierten Zukunftsvorstellungen aller lateinamerikanischen Regierungen in einem Schnittpunkt, an dem die Länder den Anschluß an das zwanzigste Jahrhundert finden wollen - mit dessen für Illich großenteil fragwürdigen Erungenschaften. Hier setzt Illichs Kritik an, an den Modellen der reichen Industrienationen, denen Technik und industrielle Produktion zum Selbstzweck geworden sind, nur wenn man diesen Ausgangspunkt begreift, wird folgender Satz aus dem Aufsatz "Struktur einer Kulturrevolution" verständlich:
"Das Warten auf Godot ist in dem auf Entwicklung besessenen Brasilien ebenso müßig wie in Kuba. Ohne eine radikale Wendung in ihren institutionellen Zielsetzungen müssen beide 'Revolutionen' sich selbst zum Narren halten."

Daß Illich mit einem Federstrich Kuba und Brasilien gleichsetzt, mag überpointiert erscheinen, aber bezeichnenderweise schreibt er das Wort "Revolution" in Gänsefüßen, denn für Illich g i b t es noch gar keine richtige Revolution in Lateinamerika und in der sog. III. Welt. Eine gewisse Ausnahme konzidiert er Rotchina und Nordvietnam, wobei er gleich einschränkt, daß er sich hierbei auf Vermutungen stütze, denn er kenne beide Länder nicht. Der zitierte Satz erhält indirekt den Schlüsselbegriff, um den es Illich vor allem geht: Die Institutionen! Denn diese müssen verändert werden, radikal, total, wie dies bisher kein Zukunftsplaner ausspricht. Herrmann Kahn beispielsweise ist für Illich ein deformiertes Prognosemonstrum einer deformierten kapitalistischen Welt, der nur in Wachstumsraten zu denken im Stande ist. Was heißt nun: radikale Veränderung der Institutionen? Illich schreibt in dem eben zitierten Aufsatz an anderer Stelle:
"Der Kulturrevolutionär glaubt, daß die Verbrauchergewohnheiten unsere Auffassung von dem, was Menschen haben und wünschen können, radikal verzerrt haben. Er stellt die Wirklichkeit in Frage, die den anderen selbstverständlich ist - eine Wirklichkeit, die seiner Ansicht nach das künstliche Abfallprodukt heutiger Institutionen ist, von ihnen geschaffen und in Verfolgung ihrer kurzfristigen Ziele verstärkt."

Kulturrevolution ist hier sehr wörtlich zu nehmen und nicht als ideologisch-modisches Schlagwort zu verstehen, mit dem man konservative Bürger vergrault. Unsere, die westliche Kulturentwicklung mit ihrem horrenden technischen Fortschritt, symbolisiert durch den Koloß USA, wird grundsätzlich in Frage gestellt, vor allem, was die Übertragung auf "unterentwickelte" Länder angeht! Die Tragödie unseres Zeitalters besteht

für Illich nun darin, daß die Völker der III. Welt den Abstand zu der industriellen Massenzivilisation der reichen westlichen Länder aufholen möchten, man bestärkt sie auch, dies zu tun, aber die Kluft ist zu groß, wird immer größer, ist nie mehr (nie) einzuholen, im Gegenteil, die Nord-Süd-Polarisation nimmt zu, die Spaltung des Globus verstärkt sich, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer ... Mit dem, was wir "Entwicklungspolitik" nennen, wenn dies auch noch so ehrlich gemeint ist, treiben wir unaufhaltsam 2/3 der Menschheit in eine furchtbare Sackgasse, die, falls keine "Revolution der Institutionen" erfolgt (im Sinne Illichs), zu unabsehbaren sozialen Explosionen führen wird.

Mit der Kritik an Ausbeutung, Kapitalismus, Imperialismus und Verelendungstheorie geht Illich zwar mit der traditionellen Marxismustheorie konform, wischt aber den "Popanz" Imperialismus, wie er sich ausdrückt, mit einer Handbewegung weg. "Mir kommt es manchmal vor, als jage die Linke dem Imperialismus nach wie Ahab dem Moby Dick", merkte Illich ironisch an, als wir auf den "Imperialismus" zu sprechen kamen, nein, die ganze Problematik ist viel fundamentaler, als daß man für alles und jedes den "Imperialismus" an den Pranger stellen könnte, den neuerdings einige Revolutionäre wie das berühmte Kaninchen die Schlange zu fixieren scheinen und damit eine nüchterne Analyse auf den fatalen Sachverhalt verbaut wird, der besagt: Der lateinamerikan. Nationalismus arbeitet mit ähnlichen Methoden wie der Imperialismus, er kopiert sie nur im kleinen! Mehr Produktion, eine Clique beherrscht das Volk, diese muß sich selbstredend "revolutionär" nennen, um den Schein der Legalität für die eigenen Machenschaften zu finden, Machtpolitik. Wohin ehemals echt linke Ansätze einer Revolution degenerieren können, zeigt für Illich in krasser Form die Sowjetunion, in der bald noch mehr als im kapitalistischen Westen dem Fetisch Produktion um jeden Preis (und jedes Opfer) nachgejagt wird, industrielle Wachstumsrate wird zum Staatsgötzen erhoben.

Eine Flucht in eine Ideologie, in ein Denkgebäude, das die Wahrheit verpachtet hat, hilft nicht weiter. Marxisten wie Christen haben beide gründlichst ihre Lehrer verraten, die große Lüge ist der große Trumpf: Die große Lüge der Entwicklungshilfe, die große Lüge des technischen Fortschritts, noch schlimmer: die große Lüge der Institutionen, dieser unbefragten Gesellschaftsheiligtümer. Daß linke, progressive Politiker in Lateinamerika in ihren Programmen und Wahlkämpfen gegen die konsumwütige Oberschicht wettern und das Elend der Masse anprangern, gehört zu Allgemeinplätzen lateinamerikanischen Politzirkusses Doch welcher Politiker, so fragt Illich, wagt es, Schulen und Krankenhäuser als deformierte Institutionen anzuprangern, die die gesellschaftlichen Klassenunterschiede noch sehr viel nachhaltiger zementieren als Ford-PKWs, Luxusappartments oder Jet-Set?

Illichs Kritik (der Kürze halber sehr vergröbert) ist folgende:

Man baut in Sao Paulo ein horrend aufwendiges Krankenhaus mit Organverpflanzungsinstallationen für Mill. Doll., dagegen herrscht in weiten Teilen Nordostbrasiliens die Amöbenruhr, da es nicht einmal sauberes Trinkwasser gibt, nicht die Spur einer Hygiene für Mill. von Menschen, deren Kinder mit von Würmern aufgequollenen Bäuchen herumlaufen, nicht die primitivsten sanitären Einrichtungen etc., dagegen für ein paar tausend Wohlstandsbürger ein neues Krankenhaus. Eine Facharztausbildung kostet das hundertfache von der eines praktischen Landarztes, die Doctores, die mit Examen von ausländischen Universitäten kommen, sehen, wie sie für möglichst viel Geld der Oligarchie und der - falls überhaupt vorhandenen - Mittelklasse ihre Krankheiten kurieren, denn ihre Ausbildung hat ja viele Jahre teures Studium und viel Geld gekostet. Wer geht schon zu den Indios, den Campesinos, den Peones auf die Dörfer? In den meisten lateinamerikan. Ländern herrschen außer ein paar rasanten Überlandhighways à la "Pan Amerikana" mit Touristenservice und Traumstraße-der-Welt-Image unvorstellbare Verkehrsverhältnisse. Rostende, klappernde und stinkende Busse, meist dicht vor dem Zusammenbruch stehend, holpern über Sandwege vollgepropft mit Menschen und Viehzeug, durchrattern lehmverschlammte Provinzstraßen, während die Venezuelaner in eine Art High-way-Konkurrenz mit den Straßenstrategen von Los Angelos zu treten scheinen, der Unterschied zwischen Caracas und dem kalifornischen Monster liegt dann darin, daß Los Ange-

los seine Luft inzwischen bis zur gesundheitsschädlichen Alarmstufe verpestet hat, während sich die Betonpfeiler der venezuelanischen Schnellstraßen über die Blech und Bretterhütten der Barriadas von Caracas schwingen ... Illich schreibt an einer Stelle: "Jedes Auto, das Brasilien auf die Straße schickt, versagt fünfzig Menschen ein gutes Autobusnetz."

Populär ist Illichs Propagierung eines sog. "Anti-Wagen", über den allerdings die falschen Leute lachen, denn die Lacher liegen zumeist bei den europäischen und nordamerikan. Autobossen, die ein profitables Geschäft mit PKWs auf dem dafür künstlich gedrillten lateinamerikanischen Markt machen. Dies Illich-Modell muß man sich als eine Art unverwüstlichen Landrover vorstellen, der 30 Jahre auch bei intensiver Beanspruchung hält, den auch der sturste Indio nicht kaputt fahren kann, der keine technischen Kinkerlitzchen braucht und nicht schneller als 50 kmh fahren muß. Das ist gar nicht so spaßig gemeint, wie das zunächst klingen mag. Illichs Argument: Wenn die Technik bereits dabei ist - solch einen Blödsinn wie - Mondautos zu konstruieren, dann kann man auch solch ein Landauto bauen.

Wenn man weiß, was für horrende Gewinne beispielsweise "VW do Brasil" macht, dessen - übrigens für brasilianische Verhältnisse unerhört teure - Käfer die Straßen Sao Paulos zur "rush-hour" verstopfen, wie die "fifth-Avenue" täglich blockiert wird, wenn man die zunehmende Luftverpestung hinzurechnet, deren gelbliche Dunstglocken die Metropole des Subkontinents wie riesige stinkende Pilze überhöhen, wenn man die lächerliche Prestigewut eines südamerikan. Bourgeois nach einem voluminösen Privatwagen kennt, obgleich die überwiegende Masse aller Lateinamerikaner auch in den nächsten Jahrzehnten von einem eigenen Auto nur träumen darf, - so versteht man Illichs Kritik an einer fehlgeleiteten industriellen Entwicklung besser.

Wohlgemerkt: technischer Fehlentwicklung, nicht technischer Entwicklung schlechthin, Illich ist kein naivromantischer Bilderstürmer, eher schon ein moderner Rousseau, mit allen Bedenken, die in einem solchen Vergleich liegen.

Illich spottet über die Illusionen des "Pearson-Reportes", erklärt die "Allianz für den Fortschritt" zum nicht einmal gut gemeinten Debakel der USA und merkt an: "Unsere Hilfsprogramme haben den Menschen 'geplante Armut' beschert. Die Dritte Welt bedarf einer durchgreifenden Revolutionierung ihrer Institutionen. Die Revolutionen des letzten Menschenalters waren überwiegend politischer Natur."

Politiker auszuwechseln hilft allein noch lange nichts, wenn nicht das Bewußtsein geändert wird. Das Entsetzliche an der Entwicklungshilfe liegt nach Illich zusammengefaßt darin: Den verelendeten Massen der verarmten Völker wird eine Zukunft vorgegaukelt, die sie nie erreichen können. Weder Privatautos, noch Kühlschränke, noch Krankenhäuser, noch halbwegs komfortable Wohnungen, noch Schul- und Erziehungswesen in unserem Sinn werden in absehbarer Zeit für 80 % aller Lateinamerikaner zu verwirklichen sein, wahrscheinlich in keiner Zeit. Der schicke Zug, in dem die Wenigen des Wohlstands sitzen, ist schon abgefahren, die Armen bleiben weiter auf der Strecke, werden von raffinierter Reklame eingelullt und angereizt, der Garten Eden herrscht in Werbesongs der Transistorradios.

Illichs wohl radikalster Angriff, der die meiste Verblüffung hervorrufen muß, gilt der Institution Schule, der "heiligsten aller heiligen Kühe der westlichen Zivilisation", wie Illich anmerkt. Dieses Gebiet, auf dem sich Illich seit Jahren spezialisiert hat, ist so komplex, daß seine Schulkritik eine eigene Abhandlung erforderlich machte, um seinen Gedankengängen im Einzelnen zu folgen. In Stichworten: Die herkömmliche Schule ist keine Institution der Befreiung des Menschen aus Rückständigkeit und Klassendegradierung, sondern perpetuiert den latenten Klassengegensatz ins unermeßliche, denn: Die weitaus meisten Kinder Lateinamerikas können garnicht zur Schule gehen, nur ein winziger Prozentsatz schafft ohnehin den Abschluß, ein noch kleinerer kann sich ein Universitätsstudium leisten. Die verschwindende Minderheit, die schließlich ein Dipl. oder einen Doktorgrad erhält, ist, und dies weist Illich anhand empirischer Untersuchungen nach, an Erhaltung des sozialen Prestiges interessiert, zu dem er sich mühsam emporgeschuftet hat, er sieht nichts mehr, als den Lebensstil der Oberschicht oder

der wohlhabenden Mittelschicht zu erhalten und ignoriert das Elend, aus dem er selbst einmal herkam. Das ist vereinfacht, im Durchschnitt aber leider wahr! Die Kinder, die keine Schule besuchen können (das sind die meisten) und die, die nicht einmal die ersten Grundklassen schaffen, nicht aus Dummheit, sondern aus Milieubedingtheit (das ist von dem schon nicht großen Prozentsatz wiederum der größte Teil), werden zu Menschen zweiter Klasse degradiert, schaffen nie den Absprung zu höherem Einkommen, der erst mit Schulbildung möglich ist, bleiben im Elend, resignieren.

"Der Betrug, den die Verkäufer von Schulen begehen", schreibt Illich in seinem Aufsatz: Geplante Armut als Frucht technischer Hilfe, "ist weniger offenkundig, aber viel grundlegender als die geschäftliche Selbstzufriedenheit der Vertreter von Coca-Cola und Ford, weil der Schulmann seine Leute mit einer viel anspruchsvolleren Droge angelt."



Illichs Gegenvorschläge, nach denen jeder sofort fragen wird: Jedem Kind einen Erziehungspaß, über den es frei verfügen kann und mit dem es ein Grundrecht auf Ausbildung erhält, jeder Südamerikaner sollte vom 5. bis zum 25. Lebensjahr jeweils einen Monat im Jahr lernen, anstatt viele Jahre auf nutzlosen Schulbänken mit miserablem Lehrstoff zu hocken, jeder der älter als 15 Jahre ist sollte für drei oder vier Jahre in ein Arbeitslager gehen, wo er praktisch für das Leben lernt (um einem Mißverständnis vorzubeugen: hier eine Art Kibbuz gemeint). Schuljahre kann man sich sparen, der brasilianische Pädagoge Paulo Freire hat nachgewiesen, daß man Erwachsene innerhalb weniger Monate aus dem Stadium des Analphabetismus herausführen kann, dafür braucht man keine vier Jahre auf Klassenbänken zu hocken. Diese pädagogische Methode geht mit dem sog. "Schlüsselwortsystem" vor, d.h.: Den Dorfbewohnern werden einige Schlüsselworte beigebracht, mit denen sie ihre Umwelt erfassen. Diese Wörter werden an eine Tafel geschrieben und der Landarbeiter lernt sie kennen, dann schreiben ... dann seine Umwelt verstehen ... dann verändern, vielleicht revolutionieren, dann ... Paulo Freire lebt heute im Exil. -

Kein Wunder, daß Illichs Thesen Sprengstoff sind, wenn auch zukünftiger, kein Wunder, daß den Herrschenden Lateinamerikas das CIDOC-Institut unheimlich ist, manchen von ihnen als Brutstätte der Anarchie in klerikalem Gewande vorkommt.

Ich verabschiede mich von Dr. Ivan Illich im Park von Cuernavaca. Vorbei defilieren die spanisch radebrechenden Studenten, in vier Wochen sollen sie in einer Art parforce-Kurs Spanisch lernen. Ich begreife - die Idylle täuscht, die "Revolution der Institutionen" beginnt in Praxis im Institut, Illich will beweisen, wie schnell man eine Sprache lernen kann. Wie lange wird es brauchen, bis die Kinder Lateinamerikas keine Schulen mehr nötig haben?

Vor dem Eingangstor steht ein VW, kein "Anti-Auto", ein richtiger Käfer - mit eingebautem Radio. Doch ehe ich dazu komme, zu schmunzeln, erklärt Illich: "Sehen Sie bitte! In diesem VW ist ein Blaupunktradio eingebaut, wir mußten es mitkaufen, sonst wird der VW nicht verkauft, verstehen Sie? Was für ein Geschäft für die Firma Blaupunkt! - Was ist das also: Entwicklung?"

Ein letztes Lächeln, und Illich verschwindet mit seinem markanten Sturmschritt zurück ins Büro, es warten noch andere Besucher.

Was ist Entwicklung? Unterentwicklung? Ich verlasse das CIDOC-Institut, nicht von Illichs Thesen uneingeschränkt überzeugt, aber doch sehr viel nachdenklicher, als ich es erwartet hatte.

P.S.
"Letztes Ziel der Entwicklungspolitik muß sein, nachhaltige Verbesserungen im Wohlergehen jedes einzelnen zu erreichen und zugleich allen Menschen Nutzen zu bringen. Wenn ungerechtfertigte Privilegien, übermäßiger Reichtum und schwere soziale Ungerechtigkeiten weiterhin bestehen bleiben, dann ist die Entwicklungspolitik in ihrer wesentlichen Zielsetzung gescheitert ... (sic.)

aus der 7. Präambel der internationalen Strategie für die zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen. Von der Vollversammlung verabschiedet am 24. Okt. 70



Anmerkung:
Zitiert wurde nach dem Buch: Ivan D. Illich, Almosen und Folter, verfehlter Fortschritt in Lateinamerika, Kösel Verlag München 1970

Hilfe für Kuba:

KOWIZUKU

Komitee für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba

Nach der kubanischen Revolution im Jahre 1959 sahen es die Kubaner als eine ihrer dringendsten Aufgaben an, ihr Land wissenschaftlich, technologisch und wirtschaftlich zu entwikkeln. Als erstes war natürlich das System der Grundschulen auszubauen, und die "Alphabetisierungskampagne" half denen, die früher keine Schulbildung hatten. Es folgten Ausbau und Neugründung von mittleren und höheren Schulen. Auf dieser Basis konnte man dann darangehen, die Universitäten und Forschungsstätten zu entwickeln. Dies wiederum ist eine der wichtigsten Grundlagen für den Fortschritt der kubanischen Wirtschaft.

In diesem Stadium kann nun die Hilfe ausländischer Wissenschaftler eine sehr grosse Rolle spielen. Die kubanische Wissenschsft und Technologie, vor der Revolution verhältnismässig schwach entwickelt, hat danach infolge des von den Vereinigten Staaten ausgeübten Drucks nur wenige Kontakte mit dem Ausland, und vor allem kaum Verbindungen mit den kapitalistischen Ländern, gehabt. Solche Verbindungen werden aber als notwendig und erwünscht angesehen.

Die rationellste Form der Kontaktnahme besteht wohl darin, dass ausländische Wissenschaftler eine Zeitlang in Kuba lehren, forschen und die dortige wissenschaftliche Arbeit zu organisieren helfen. Länger dauernde Aufenthalte sind am besten, notfalls kommen auch kürzere von 1-2 Monaten in Frage, u.a. im Rahmen einer "Sommerschule", die jedes Jahr von Mitte Juli bis Mitte September in La Habana stattfindet. Eine weitere Form der Kontakte, mit zunächst vielleicht geringerem Wirkungsgrad, ist das Studium und die wissenschaftliche Arbeit von Kubanern im Ausland.

Das "Komitee für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba" will beide Formen der Förderung von Ausbildung und Forschung in Kuba pflegen.

1.Vorsitzender des Komitees ist zur Zeit Dozent Dr.Jens Scheer (Berlin), 2.Vorsitzender Prof.Dr.Egbert Brieskorn (Göttingen), 3.Vorsitzender Dr.Matthias Tomczak (Kiel), Schatzmeister Gerlinde Supplitt (Hamburg), Sekretär Prof.Dr.Klaus Krickeberg (Heidelberg).

Neben den beiden genannten Hauptaufgaben befasst sich das Komitee auch mit der Unterstützung kubanischer

Lehr-und Forschungsstätten durch Bücher und Geräte, dem Auswerten von Erfahrungen aus Besuchen in Kuba und anderen Formen des Austausches. Es arbeitet eng zusammen mit dem 1968 gegründeten "Comité de Liaison Scientifique et Universitaire Franco-Cubain".

Wer die vermittelnde und organisatorische Arbeit des Komitees unterstützen möchte, setze sich mit uns bzw. mit unseren lokalen Gruppen in Verbindung. Wir schicken auf Anforderung auch gerne ein Formular, um die Mitgliedschaft zu beantragen. Dringend benötigt werden Geldspenden für die vielfältigen Aufgaben des Komitees. Überweisungen erbitten wir auf unser Konto

StadtsparkasseBielefeld 2600271

die Postscheckkonto-Nr.der Stadtsparkasse Bielefeld ist Hannover 3900. Auch neuere gute wissenschaftliche Bücher und Zeitschriften sowie Geräte sind willkommen.

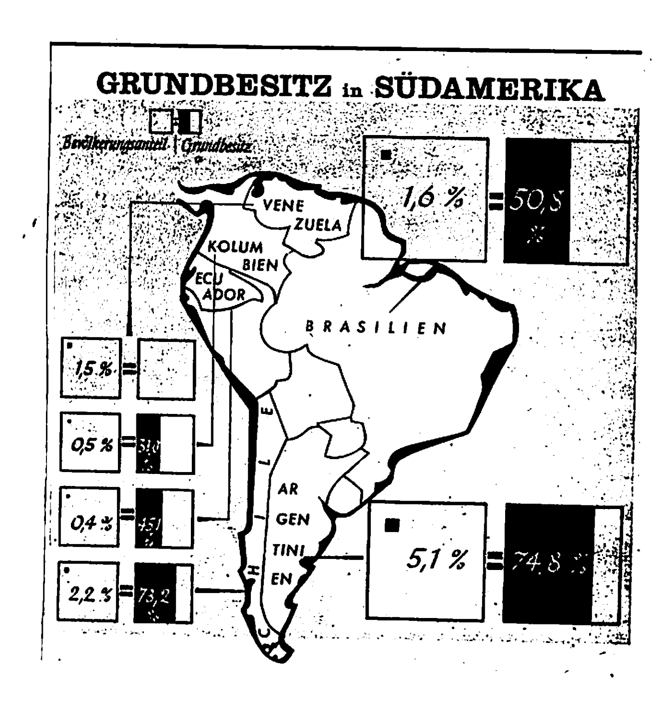
Wir bitten weiter alle qualifizierten Wissenschaftler, die Interesse an einer Arbeit in Kuba haben, uns zu schreiben. Dabei hätten wir gern möglichst detaillierte Angaben über bisherige Ausbildung, Tätigkeit und Spezialisierung und über das, was als Gegenstand der Arbeit in Kuba vorschwebt. Grundsätzlich kommen alle wesentlichen Bereiche von Wissenschaft und Technologie in Frage. Natürlich gibt es gewisse Schwerpunkte wie Agronomie, Veterinärmedizin und ganz allgemein Naturwissenschaften einschliesslich von Spezialgebieten der Medizin, dazu Teile der Psychologie. Spezielle Bedürfnisse werden dem Komitee von kubanischer Seite von Fall zu Fall mitgeteilt. Auf Wunsch erteilen wir bzw. unsere Fachreferenten genauere Auskünfte über solche Anforderungen in Spezialgebieten.

Für ausreichend qualifizierte Wissenschaftler übernimmt die Republik Kuba die Reisekosten von Prag oder Madrid, den von der kubanischen Fluglinie "Cubana Aviación bedienten Orten in Europa, nach La Habana und zurück. Um die Deckung der Kosten vom Heimatort nach Prag bzw. Madrid und zurück wird sich das Komitee bemühen, wenn dem Betreffenden keine eigenen oder fremden Mittel hierfür zur Verfügung stehen. Man sollte jedoch immer daran denken, dass das Komitee seine Mittel nach Möglichkeit lieber zum Kauf von Büchern und Geräten für Kuba verwenden wird, die sonst wegen der ausserordentlichen Knappheit an konvertiblen Währungen dort nicht angeschafft werden könnten.

In Kuba arbeitende Wissenschaftler bekommen ein Gehalt in kubanischer Währung, das die Aufenthaltskosten reichlich deckt. Die kubanischen Behörden sorgen auch für die Unterbringung in Wohnungen, Häusern oder im Hotel. Mitreisende Ehefrauen bzw. Ehemänner werden im allgemeinen auf Wunsch leicht eine interessante Arbeit finden. Ob Reisekosten für sie übernommen werden können, hängt von ihrer Qualifikation und der Dauer des Aufenthaltes ab. Ärztliche Fürsorge ist kostenlos, für kleinere Kinder gibt es Kindergärten. Die Visa können leicht durch das Komitee beschafft werden.

Der Unterricht in Kuba soll grundsätzlich in spanischer Sprache erfolgen. Zu Anfang, und insbesondere in Spezialvorlesungen, ist jedoch Englisch möglich. Ausführlichere Informationen über die Situation an den kubanischen Universitäten enthält ein Bericht von Diederich Hinrichsen über die Universidad Central in Santa Clara/Las Villas, den wir gern gegen eine Schutzgebühr von DM 1.20, am besten in Briefmarken, zusenden.

Komitee für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba,
69 Heidelberg 1, Marstallhof 5,
Tel. 06221/21570, 23552.



DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

LEHRLINGSAUSBILDUNG

Die "linke" These, Entwicklungshilfe sei vornehmlich Geschäft zu unseren Gunsten, wird von Bundesminister Erhard Eppler zurückgewiesen und mit Zahlen und Fakten zu widerlegen versucht. Indes, die Auseinandersetzung über diese These ist, wie auch Eppler betont, zu global. Angreifer wie Verteidiger versäumen, in eine Detaildiskussion einzutreten, bei der sich herausstellen dürfte, ob im Zuge der Operationalisierung der Ziele der deutschen Entwicklungshilfe, bei Ausgestaltung und Anwendung der einzelnen Förderungsinstrumente, nicht eine Kehrtwendung zu verzeichnen ist - vielleicht mit dem Resultat: Geschäfte. Letzteres gilt teilweise auch für so unverdächtig wirkende Bereiche wie die deutsche Berufsausbildungshilfe. Sie arbeitet mit vier Hauptinstrumenten:

1. Entsendung von Regierungsberatern für Berufsausbildung;
2. Förderung sogenannter Gewerbeschulen in Entwicklungsländern (z.Zt. etwa 60, überwiegend Facharbeiterschulen);
3. Zusatzausbildung für einheimische Fachkräfte in der BRD (Stipendien- und Kursprogramme für Counterparts);
4. Förderung der Ausbildungsmaßnahmen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern.

Obwohl sich auch unter 2. und 3. manches merkwürdige "Projekt" (siehe Schlußteil) versteckt, verdient die Förderung der Ausbildungsmaßnahmen deutscher Unternehmen besondere Aufmerksamkeit. Sie hat eine beachtliche Größenordnung erreicht. Mitte der Sechzigerjahre begann es mit dem "Bombay-Modell" von Siemens. Bald reichten weitere Unternehmen Anträge auf Förderung durch Subventionen ein. Siemens selbst versuchte, das Bombay-Modell auf andere Länder auszudehnen. Bis jetzt erhielt Siemens für sein Bombay-Modell knapp zwei Millionen DM. Rund eine Million DM stehen auf Abruf bereit. Für ein ähnliches Projekt im Iran wurden Siemens bis jetzt gut 200 000 DM bereitgestellt. Insgesamt hatte das BMZ bis Oktober 1970 rund fünf Millionen zur Firmenförderung bewilligt. Größter Nutznießer nach Siemens war das Überseehandelshaus Josef Hansen & Söhne, Hamburg, für dessen Aktivitäten in Kenia, Liberia und Togo bis jetzt ein Betrag von 650 000 DM bereitgestellt worden ist. Josef Hansen junior, der Vorsitzende des Afrika-Vereins, ist über Fachkreise hinaus, vor allem durch seine Attacken auf Minister Eppler wegen dessen distanzierter Haltung zu Cabora Bassa bekanntgeworden. Weitere Förderungsanträge werden gegenwärtig bearbeitet. Werden sie positiv beschieden, was bei Fortführung der bisherigen Vergabepraxis zu erwarten ist, dürften demnächst rund weitere zehn Millionen DM in die Kassen deutscher Firmen fließen. Da das "Modell" bei der deutschen Industrie bekanntgemacht wird und sich zunehmender Beliebtheit erfreut, dürfte seine Fortführung bereits in zwei bis drei Jahren einen beachtlichen Prozentsatz der Technischen Hilfe Mittel der Bundesregierung in Anspruch nehmen. Was soll mit diesem Geld erreicht werden? Was wird erreicht?

"Ausbildungshilfe soll das wirtschaftliche Wachstum dadurch fördern, daß sie die eigenen zweckdienlichen Anstrengungen eines Entwicklungslandes wirksam unterstützt, Menschen mit modernen Arbeitsmethoden und Techniken so vertraut zu machen, daß sie willens und in der Lage sind, den Anforderungen einer produktiveren, insbesondere industriellen Wirtschaftsweise zu entsprechen" - das ist der für die gesamte Berufsbildungshilfe der Bundesregierung als gültig verkündete Grundsatz des BMZ. Für die Förderung der Lehrlingsausbildung deutscher Unternehmen wird aus diesem Oberziel abgeleitet: "Mit den Maßnahmen soll entweder zur Befriedigung eines konkreten temporären Bedarfs beigetragen werden, oder es sollen damit die Vorteile einer betriebsgebundenen praxisnahen Ausbildung mit dem Ziel demonstriert werden, nach einer gewissen Zeit die Kosten der über den Eigenbedarf (Anmerkung der Redaktion: Eigenbedarf des bezuschußten deutschen Unternehmens) hinausgehenden Ausbildung auf Interessenten (Wirtschaftsbetriebe) zu verlagern."

Diese Ziele sind mit der angewandten Methode von Firmensubventionen kaum erreichbar. Beides ergibt sich bereits aus dem Prüfungsverfahren, dem antragstellende Firmen unterworfen

werden. Es richtete sich nach den "Vorläufigen Richtlinien für die Förderung von Einrichtungen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern zur Ausbildung mittlerer technischer Fachkräfte" vom 7.8.68. Nach diesen Richtlinien muß die Lehrlingsausbildung entwicklungspolitisch förderungswürdig sein. Was das bedeutet, ist in den Richtlinien nicht beschrieben. In der Praxis sieht das BMZ nahezu jede Lehrlingsausbildung als entwicklungspolitisch förderungswürdig an, für die sich die zuständige deutsche Botschaft ausspricht, wenn die Ausgebildeten voraussichtlich Arbeitsplätze erhalten. Daß betriebliche Lehrlingsausbildung nach deutschem Muster für das Entwicklungsland ein nachahmenswertes Modell ist, wird fast ausnahmslos unterstellt. Außerdem muß die Ausbildung "ordnungsgemäß" sein. Ob sie vielleicht nur ordnungsgemäß entsprechend der Ordnung des Unternehmens - also betriebsegoistisch ist? Der Sinn dieses "entwicklungspolitischen" Instruments erschließt sich vielleicht, wenn man die Bestimmung liest, "Träger der Ausbildungsmaßnahme kann nur ein deutsches Unternehmen sein".

Also eine Förderung deutscher Privatinvestitionen in Entwicklungsländern, Förderung des deutschen Exports? Das Ergebnis ist oft nicht einmal das, sondern eine simple Erhöhung des Verdienstes der Subventionsempfänger. Modellwirkung? Angesichts ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur und der fehlenden Tradition betrieblicher Ausbildung haben sich die meisten Länder - einige schon vor Jahrzehnten - unter dem Einfluß des Internationalen Arbeitsamtes in Genf (ILO) entschlossen, die Phase der betrieblichen Lehrlingsausbildung zu überspringen und ihren Facharbeiternachwuchs in überbetrieblichen Lehrwerkstätten zu trainieren, die durch Ausbildungssteuern finanziert werden. Wozu also die Demonstration dieses Modells? Daß einheimische Industriebetriebe die Ausbildung nach deutschem Muster so schätzen lernen, daß sie den deutschen Firmen Arbeiter "abkaufen" und damit auf die Dauer Entwicklungshilfegelder ersetzen - eine irreale Vorstellung, wenn das so gemeint ist. Bleibt die "Bedarfsdeckung". Man versucht die Firmen dazu anzuhalten, mehr Facharbeiter auszubilden, als sie selbst weiterbeschäftigen wollen, also Facharbeiter für den Arbeitsmarkt. Die Vorschriften in den Richtlinien sind vage, interpretierbar. Die Empfänger können sie mühelos unterlaufen. Sie weisen in der Regel aus, daß rund 50 % ihrer Lehrlinge für den Arbeitsmarkt bestimmt sind, aber nach Abzug der Fluktuation (einige Lehrlinge brechen die Ausbildung ab) und des nur scheinbaren Fremdbedarfs (siehe unten) dürften kaum mehr Facharbeiter für die einheimischen Betriebe bleiben. Wieviele es sind, ist dem BMZ unbekannt. Bis jetzt hat es sich damit begnügt, den Versicherungen der subventionierten Firmen Glauben zu schenken. Auch die von den Firmen "nachgewiesenen" Ausbildungskosten waren bisher nicht Gegenstand einer Revision. Nach der Höhe dieser Kosten werden die Subventionen für die Firmen bemessen. Sie betragen bis zu DM 250,-- pro Lehrling und Monat, - eine im Vergleich zum niedrigen Preisniveau in den meisten Entwicklungsländern und den Marktchancen ausländischer Firmen respektable Summe. Das Fazit: Die Firmen tun mit Subventionen, was sie auch ohne Subventionen täten, denn sie brauchen Fachkräfte und müssen während einer zwei- bis vierjährigen Ausbildungszeit mit erheblichen Ausfällen und nach der Facharbeiterprüfung mit Fluktuation rechnen (Damit die Fluktuation nicht zu stark wird, müssen die Siemens-Lehrlinge im Iran sich zu mehrjähriger Firmentreue nach Abschluß der Lehrzeit verpflichten. Die Löhne setzt Siemens fest).

Die deutschen Firmen brauchen mit ihrer Technik vertraute Fachkräfte, um sie bei Großgeschäften den Käufern mitzuliefern. Sie müssen Fachkräfte für scheinbar unabhängige fremde Firmen ausbilden - für Zulieferer auf der einen, für die Betriebe des Servicenetzes auf der anderen Seite. Was leisten die subventionierten Firmen also über das hinaus, was nur ein Ergebnis ihrer Kalkulation ist? Im BMZ hat man darauf keine schlüssige Antwort, sieht man die Frage offenbar noch nicht ausreichend als Problem. Die gesamte Berufsbildungshilfe hat Schlagseite.

Dieter Gonnermann

entnommen aus
epd (Evangelischer Pressedienst)
Entwicklungspolitik Nr. 3/71

STRATEGIE

Aktionärs-Hauptversammlungen

In den letzten Monaten wurden die Hauptversammlungen (HV's) der vier deutschen Cabora - Bassa - Firmen von Mitgliedern verschiedener Aktionsgruppen "besucht", die sich zu diesem Zweck geringe Aktienmengen beschafft hatten. Diese Aktionen, bei denen eine gute Koordination und Kooperation der über 15 beteiligten Gruppen gelang, sollen im folgenden einer Kritik unterzogen werden. Der Artikel ist ein Produkt von Diskussionen der beteiligten Gruppen vor und nach den HV's sowie abschließenden Diskussionen in der Aktion Dritte Welt Freiburg.

1. Kriterien einer Aktionskritik

Der Besuch von HV's muß wie alle anderen Aktivitäten einer entwicklungspolitischen Opposition anhand zweier Kriterien einer Kritik unterzogen werden:
1. Konnte eine derartige Aktion Hilfestellung zur Emanzipation der Massen in der Dritten Welt leisten bezw. auf dieses Ziel hinwirken?
2. Was hat diese Aktion zur Veränderung unseres eigenen, die Ausbeutung fortwärend reproduzierenden Wirtschaftssystems beigetragen?
Das erste Kriterium ist selbstverständlich für eine entwicklungspolitische Opposition; daß Teilerfolge auf diesem Gebiet möglich sind, versuchten wir in unserem Strategiepapier "Wie hilflos sind wir eigentlich" nachzuweisen. Solch ein Teilerfolg ist z.B. die Verhinderung der Teilnahme deutscher Firmen am Namibia-Projekt[1]. Das zweite Kriterium muß aber bei jeder Aktion genauso beachtet werden, d.h. die jeweilige Aktion muß in eine langfristige antikapitalistische Strategie eingeordnet werden. Denn gerade dieses Wirtschaftsystem hemmt und gefährdet die Emanzipationsmöglichkeiten der Massen in der Dritten Welt.(Man läuft sonst z. B. Gefahr, daß die Konzerne der BRD zwar aus einem Teil der Dritten Welt (port. Kolonien) vertrieben werden, während sie sich umso fester in einem anderen Teil (Brasilien) einnisten.).
Wer dies nicht beachtet, verfällt einem blinden Aktionismus und muß sich den Vorwurf des Reformismus [2] genauso gefallen lassen wie Leute, die glauben, Symptome unseres spätkapitalistischen Wirtschaftssystems wie Verschwendungskonsum, Umweltverschmutzung, permanenter Leistungs- und Aufstiegsdruck, Miet- und Bodenwucher, unmenschliche Vernachlässigung nicht profitabler Infrastrukturprojekte, Ausbau eines militärisch - industriellen Komplexes, Ausbeutung von Frauen und Gastarbeitern etc. könnten (nicht lediglich abgemildert sondern) beseitigt werden.

2. Strategische und taktische Vorüberlegungen

2.1. Ziele der Cabora Bassa - Aktion Zielgruppen

Da Cabora Bassa ein Projekt ist, das in entscheidender Weise die Emanzipationsmöglichkeiten von 9 Millionen Mozambikanern bedroht und in der kolonialen und neokolonialen Beherrschung des Südl. Afrikas eine Schlüsselstellung einnimmt, muß der erste Aspekt, die Verhinderung des Projekts, im Vordergrund stehen. Dazu muß festgestellt werden, daß ein Rücktritt der deutschen Firmen im Bereich des Möglichen liegt[3]. Eine notwendige Voraussetzung dafür ist die Rücknahme der Bürgschaftszusagen durch die Bundesregierung, ein Schritt, den sie nur auf Druck eines großen Teils der öffentlichen Meinung hin unternehmen wird. Die Vermittlung dieses Drucks kann und muß durch die deutsche Presse geleistet werden[4]. Als Haupt-Zielgruppe der HV - Aktionen ergab sich damit die anwesende Presse .
Ziel war es, die Publizität der HV's für nicht in ihrem Sinne liegende Ziele auszunutzen, den politischen Kampf gegen das Wirtschaftsprojekt Cabora Bassa. Zusätzlich wollten wir nach Möglichkeit vorhandene Oppositionsgruppen innerhalb der Firma stärken. Einige Kleinaktionäre konnten, wie sich bei den Abstimmungen ergab, ebenfalls von unserem Standpunkt überzeugt werden.
Als langfristiges Ziel hatte der Besuch von HV's eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber Argumenten kapitalistischer Unternehmen am Beispiel Cabora Bassa.

2.2. Argumentationsweise

Aus dieser doppelten Zielsetzung mußte auch die Argumentationweise abgeleitet werden. Dabei durfte man einerseits Cabora Bassa nicht zu einer allgemeinen Kapitalismuskritik benutzen, da dies Abwehrreaktionen bei der anwesenden Presse provoziert hätte; andererseits war es unseres Erachtens sehr problematisch, allein an den Wirtschaftsinteressen der Firma orientierte Argumente von der Art "Wenn ihr im Porjekt bleibt, sinkt langfristig euer Profit auf Grund des Boykotts durch die schwarzafrikanischen Staaten" zu vertreten, da man damit

1. die falsche Zielsetzung verfolgt, man müsse die Firmenleitung vor einer Schmälerung ihres Profits warnen,
2. das Ziel "Sensibilisierung der Öffentlichkeit" dadurch unterläuft, daß man das Unbehagen über Cabora Bassa nicht zu einem Unbehagen an unserem System ausweitet, sondern zu einem Unbehagen an dem verminderten Profit eines Monopols "umfunktioniert".
Man setzt damit eine Tradition fort, die man eigentlich bekämpfen müßte: Die Privatinteressen werden zu Interessen der Allgemeinheit gemacht. Diese Frage war jedoch bei den teilnehmenden Gruppen kontrovers. In den Argumenten auf am Profit der Firma orientierter Ebene wurde auch die Möglichkeit gesehen, eine Verunsicherung unter großen Teilen der Aktionäre und eventuell auch unter Mitgliedern der Firmenleitung herbeizuführen. Cabora Bassa wurde in der Diskussion solche Bedeutung beigemessen, daß der Zweck, das Projekt zu Fall zu bringen, alle Mittel heilige, auch unter Inkaufnahme von Nachteilen in der Öffentkeitsarbeit hier.

2.3. Taktisches Vorgehen, didaktische Zugeständnisse

Für die Presse, unsere Hauptzielgruppe, mußte der Eindruck einer höflichen sachlichen, aber entschlossenen Opposition <u>innerhalb</u> der Hauptversammlung entstehen. Die gängige Diskriminierung als "Radikalinskis" sollte der Presse schwer gemacht werden. Die "Bürgerschrecktaktik" sollte durch eine "Sympathie werbende Krawattentaktik" ersetzt werden.
Daher passten wir uns formal dem Gehabe eines Kleinaktionärs an: Dunkler Anzug, nicht zu lange Haare, "sehr geehrter Herr Vorstandsvorsitzender, sehr verehrte Anwesende", Stellen von wirtschaftlichen und technischen Detailfragen, die nicht unbedingt "profit orientiert" zu sein brauchten. Entsprechend dem Artikel des Aktienrechts, gemäß dem jeder Aktionär das Auskunftsrecht besitzt, formulierten wir unsere Informationen und Argumente als Bestandteil von Fragen und Begründung, um den Vorstand zu einer Stellungnahme zu zwingen.

3. Verlauf von Aktionen, Pressereaktionen, Auswertung

Ohne Auswertung bleibt jeder Aktion für das weitere Vorgehen sinnlos. Im weiteren beschränken wir uns im wesentlichen auf die Auswertung der Aktionen bei BBC und Hochtief[5].

3.1.1. Verlauf der BBC - Aktion

Zur Einstimmung der Aktionäre verteilten wir am Eingang den "Nachtrag zum Geschäftsbericht für die Freunde unseres Hauses", der auf der Innenseite die Enthauptung eines FRELIMO - Kämpfers zeigte. In der Diskussion um den Geschäftsbericht war es möglich, alle vorher vereinbarten Fragen zu stellen und somit die HV wenigstens zeit- wie stimmungsmäßig zu beherrschen. Die Versammlungsleitung, die aus dem negativen Presseecho auf das Verhalten der AEG Leitung bei der AEG - HV gelernt hatte, ließ uns ausreden. Unsere Fragen wurden allerdings nur unzureichend beantwortet und dann die Diskussion abgebrochen, so daß wir nur die Möglichkeit hatten, unseren Protest beim Notar zu Protokoll zu geben. Anschließend zeigten wir auf dem Firmengelände verschiedene Transparente, die auf die politischen Verhältnisse im Südl. Afrika und die Rolle der Firma Bezug nahmen.

3.1.2. Reaktion der Presse auf BBC-HV

Die Analyse der Pressestimmen[6], für die von uns über 2o Zeitungsausschnitte aus allen überregionalen und wichtigen regionalen Zeitungen ausgewertet wurden, ergab, daß bis auf drei Ausnahmen (Stuttgarter Zeitung, Badische Zeitgung, Frankfurter Rundschau) die gesamte Presse keines unserer Argumente wiedergegeben hatte, sondern nur in allgemeiner Weise von "Angriffen" auf das Cabora "Wasser"-Projekt berichtete und im Anschluß daran dann die gesamte Argumentation des Vorstandes wiedergaben. Dabei wurden von einigen Redakteuren die in der Vorstandsargumentation offensichtlichen logischen Widerprüche durch Weglassen von je einem Argument beseitigt. Cabora Bassa war nach der Hauptversammlung wieder in der Diskussion. (Erreichen eines Teilzieles), es kam aber nur die Seite des Vorstandes zu Wort. Gemessen an dem Ziel, über die Presse Informationen und Argumente gegen Cabora Bassa zu verbreiten, kann die Aktion bei der BBC - HV nur als Teil- oder Anfangserfolg gewertet werden.
Die geglückte Einflußnahme auf die anwesenden Belegschaftsmitglieder ist ein zusätzlicher Erfolg[7].

3.1.3. Schlußfolgerungen aus der Pressereaktion

In einer auf die BBC - HV folgenden Diskussion wurde dieses Verhalten der Presse durch zwei alternative Hypothesen zu erklären versucht:
1. Die Presse ist zu großen Teilen bereits in so weitem Maße abhängig, daß sie im allgemeinen nichts von einer den Exponenten des kapitalistischen Systems widersprechenden Argumentation wiedergibt.
2. Fehler in unserem Vorgehen haben dazu geführt, das vorhandene Möglich-

keiten auch für systemkritische Argumentation nicht ausgenützt wurden. Hierbei wurde angenommen: Die Journalisten setzen HV - Berichte meistens aus dort verteiltem Material zusammen und da wir bei BBC nichts verteilt hatten (bis auf das Flugblatt und eine notizenhafte Gegenargumentation auf die Firmenargumente), haben die Journalisten folglich auch nichts über uns berichtet.
Die Annahme der ersten Hypothese würde eine grundsätzliche Revidierung der gesamten Öffentlichkeitsstrategie bedeuten.

3.2.1. Verlauf der Hochtief - Aktion

Vor der Hochtief-Aktion informierten wir die gesamte überregionale und regionale Presse über die Aktion, die wir als "demokratische Aktionäre" durchführen wollten.
In der Versammlung verteilten wir jeweils während der Rede unserer Aktionäre die gesammte Rede als Presseinformation an die anwesende Presse sowie die Versammlungsleitung. Dies hatte den zusätzlichen Vorteil, daß die Versammlungskeitung gezwungen wurde, unsere Fragen einzeln zu beworten. Dabei zeigte es sich, daß der Vorstand immer mehr Argumente für das Projekt aufgeben mußte und sich zum Schluß völlig auf die vorangegangenen Entscheidungen der Bundesregierung zurückzog: "Sie sind dieser Meinung, wir sind einer anderen Meinung und für uns ist die Bundesregierung maßgebend."

3.2.2. Reaktionen der Presse auf die Hochtief - HV

Die Analyse der - sehr zahlreichen- Pressestimmen ergab eine weitgehende Bestätigung der zweiten Hypothese: Die Argumente der Cabora Bassa - Gegner wurden selbst in rechten Zeitungen z.T. ausführlich wiedergegeben, manchmal in wörtlichen Zitaten (Rhein. Post) .Cabora Bassa unterstütze den portugiesischen Kolonialismus, heize den Kolonialkrieg an, die Sicherheit der Techniker sei gefährdet, "Wieviel Tote sind bei Hochtief eingeplant?" (Westd. allg. Zeitung) waren die am häufigsten wiedergegebenen Argumente. Der Vorstand, der im Gegensatz zu BBC einen (natürlich schöngefärbten) Sonderdruck zu Cabora Bassa verteilt hatte, kam wesentlich schlechter weg; " in Politik sind wir nicht so bewandert wie Sie" (Handelsblatt, 22.7.). Mehrere Zeitungen wiesen darauf hin, daß sich der Vorstand in der politischen Beurteilung des Projekts völlig auf die Bundesregierung überläßt.

3.2. Versuch einer Erfolgsmessung gemäß den Kriterien einer Aktionskritik (s. 1)

3.2.1. Was haben die Aktionen auf den HV's in Zusammenhang mit dem Kampf gegen Cabora Bassa bewirkt?

Die Diskussion konnte erfolgreich wieder entfacht werden, Opposition erscheint in der Presse im Gegensatz zu einem Jahr zuvor (Heidelberger Ergeignisse) als legitime Haltung. (schließlich sind auf Kleinaktionäre gegen Cabora Bassa). Die Bundesregierung wird indirekt von den Firmen und der Presse beschuldigt, ihre politische Entscheidung für Cabora Bassa nicht richtig überdacht zu haben. (vgl. Kommentar in der Südd. Zeitung, 22.7.71).Auf dieses Presseecho hin erscheinen die Erfolgsaussichten einer erneuten Aufforderung an die Bundesregierung größer, die Bürgschaften und Kredite für Cabora Bassa zurückzuziehen.
Auch in den Firmen konnte die Diskussion erfolgreich wieder angefacht werden.Gewerkschaftlich organisierte Aufsichtsräte wurden auf der AEG-HV angesprochen, innerhalb der Belegschaft der BBC polarisierten sich die Meinungen.
Einige "echte" Kleinaktionäre solidarisierten sich mit der Cabora - Bassa - Opposition und stimmten gegen die Entlastung des Vorstandes; selbst der hauptamtliche Kleinaktionär Fiebich änderte seine Meinung von der Siemens - HV ("hirnverbrannt dumm" "die jungen Leute sind auf dem linken Auge blind") bis zur Hochtief-HV ("Ich wünschte, Sie würden auch zu anderen HV's kommen").

Das Ziel, über die Presse erneut Proteste gegen das Cabora Bassa Projekt zu artikulieren, wurde erreicht. Durch die neuentfachte Diskussion wurde eine Ausgangsbasis für weitere Öffentlichkeitsaktionen geschaffen; eine Chance, die aber verfällt, wenn sie nicht bald genützt wird.

3.2.2. Was haben die HV - Aktionen im Rahmen einer längerfristigen Strategie bewirkt, was können sie leisten?

Am Beispiel Cabora Bassa konnte der Öffentlichkeit exemplarisch deutlich gemacht werden, daß kapitalistische Firmen Profit auch auf Kosten von Menschenleben machen und und politische Konstellationen (Kolonialregime, Diktaturen) in ihren Überlegungen keinen oder einen nur sehr geringen Platz einnehmen. Journalisten und Öffentlichkeit konnten somit kritikfähiger gegenüber Firmenargumenten gemacht werden.
Mit HV - Aktionen wurde ein Modell entwickelt, mit dem man einen optimalen "Publizitätswirkungsgrad" erreichen kann: geringer Einsatz eigener Mittel

führte zu überdurchschnittlich großem Presseecho.
Dieses Modell ist auch und gerade für innenpolitische Aktionen brauchbar: Waffengeschäfte, Umweltverschmutzung, Ausbeutung etc. können ans Licht der Öffentlichkeit gezogen werden.
Der Besuch von Hauptversammlungen kann daher mit einer der ersten Schritte sein, die vom Kritik an den Syptomen unseres Systems über die Zurückführung auf ihre Ursachen zum Kampf um Alternativen anstelle dieses Systems führen müssen. gs

Den folgenden Hintergrundbericht bekam das iz3w von einer der Firmen - leitung von BBC nahestehenden (und von ihr lohnabhängigen) Person zugestellt. Um diese Person nicht zu gefährden, haben wir die vorkommenden Namen ersetzt.

Lieber X,

heute darf ich Dir etwas Erfreuliches mitteilen: Von Y. habe ich über BBC dies erfahren: Am Vorabend (vor der BBC - HV; die Red.) hat der Vorstand ca. 4 Zentralabteilungen zusammengerufen: 1oo - 12o Personen. Die Firma erwartete am 8.7. eine große Demonstration, denn durch die Banken hatte sie den Verkauf vieler einzelner Aktien erfahren. Die Leute sollten Ordnerdienste leisten. In jeder Etage bewachten zwei Mann die Aufzüge. Kein Belegschaftsmitglied sollte sie benützen, damit gewalttätige Demonstranten sofort abtransportiert werden könnten. Bei Widerstand sollte die Polizei gerufen werden. Die Ordner verteilten sich im Saal, um Blockbildung zu verhindern. An Eckplätzen sollten sie es unterbinden, daß junge Leute plötzlich aufspringen und zum Mikrophon laufen. Andere Ordner saßen in Lücken...
In Außenbezirken außerhalb des Hochhauses sollte sich im Falle eines Krawalls kein Demonstrant aufhalten dürfen. 45 Mann Werkschutz waren mit Sprechfunk ausgerüstet, hatten freie Verpflegung für diesen Tag. Sie hatten die Weisung, kein Transparent durchgehen zu lassen. 15 Leute sollten bei Vorkomnissen im Saal "gewaltlos" eingreifen. Verhielte sich die Jugend jedoch friedlich, so sollte man ebenso reagieren. Werkschutz und Pförtner hatten ausdrücklich auch langhaarige Aktionäre zuzulassen. Alles Hilfspersonal fürchtete sich vor dieser Demonstration, da ein falsches Verhalten sofort in den Berichten der zahlreich erschienenen Journalisten festgehalten worden wäre...
Das Positive nun: Vor der Affäre wurde bereits eifrig und überall über Cabora Bassa und die Demonstration gesprochen, doch alle waren für das Projekt und gegen die Störer. Hinterher wurde und wird tagelang diskutiert, doch nun gab es deutliche und ausgewogene Polarisierungen pro und contra. Frühere extreme Gegner (des Rückzugs der Firmen ; die Red.) zeigten sich zumindest durch die gründliche Information, das höfliche Gebahren beeindruckt. Die Firma stand nicht gut da, weil sie bereits vorher von uns vernichtete Argumente (z.B. die angebliche Befürwortung des Projekts durch die UN - ECA; die Red.) aufgriff und unsere Fragen nur dürftig beantwortete.
Weil die Wächter über unser Betragen so hocherfreut und erleichtert waren (ich habe einige stahlen gesehen) ließen sie es ohne weiteres zu, daß wir unsere Transparente hinterher auf dem Werksgelände zeigten! ...
herzliche Grüße,E

Zwei weitere Informationen zur Taktik der Gegenseite:

Sowohl bei AEG wie bei BBC befand sich ein Mitglied des Verfassungsschutzes im Raum, seine Kennummer ist dem iz3w bekannt.

"Aus besonderem Anlaß" hielt es die Hochtief AG 24 Stunden vor Beginn der HV in Essen in einem Fernschreiben an die Zeitungsredaktionen für notwendig, daß die Pressevertreter zur HV im Hotel Kaiserhof einen Ausweis mitbrächten. Wir bedanken uns hiermit bei der Firma Hochtief AG für diese zusätzliche Publicity!

---

1 vgl. G. Stingl Die Lage Namibias, Aktion Dritte Welt, Febr. 71
2 vgl. dazu die Abgrenzung von Reformismus in dem oben erw. Strategiepapier.
3 vgl. "blätter des iz3w" Nr. 6/7 u.8/71
4 vgl. die Veröffentlichung der Vietnamstudie durch die US - Zeitungen.
5 zur Auswertung der Siemensaktion vgl. "blätter des iz3w" Nr. 6/7/71,zur AEG - Aktion vgl "Der Spiegel" Nr. 26/71
6 Die für die Analyse verwendeten Zeitungsausschnitte über die HV's sind beim iz3w für DM 1,-- erhältlich.
7 vgl. dazu den nachstehenden Hintergrundbericht aus der Firma BBC.

Nachricht

Bundespräsident Heinemann wird, wie soeben bekannt gegeben wurde, am 23. Oktober nach Persien reisen, um dem persischen Terrorregime seine und des deutschen Volkes Glückwünsche zum 25oo - jährigen Bestehen zu übermitteln.

materialliste

iz3w
Informationszentrum Dritte Welt
D - 78 Freiburg
Lorettostr. 2o a
Tel: o761/ 7 10 28 App. 29
7 10 75 App. 29
2o3 682 (AStA)

A Vom iz3w herausgegebene Papers

1) Schütt-Mogro:

Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas, 11 S., 50 Pfg.

Der Autor, der mehrere Jahre den Lehrstuhl für Petrochemie an der Universität La Paz innehatte,und wegen der Unterstützung politisch Verfolgter denunziert, verhaftet und auf Druck der Öffentlichkeit frei gelassen wurde, beschreibt den Ausverkauf Lateinamerikas von Beginn der Kolonisation an bis zur neokolonialistischen Abhängigkeit von den USA heute.

2) Friedhelm Hemmerich (Aktion Dritte Welt):

Entwicklungsschwindel oder wem nützen Privatinvestitionen, 33 S., 80 Pfg.

In diesem für Diskussionen mit Industrie und BMZ unentbehrlichen Papier wird die Rolle der privaten Auslandsinvestitionen im gesamten Wirtschaftsprozeß der Entwicklungsländer auf Vor- und Nachteile hin untersucht, dabei wird vor allem auf Argumente wie "Privatinvestitionen schaffen Arbeitsplätze, Einkommen, Devisen und liefern das unentbehrliche know how" eingegangen. Außerdem wird die Förderung von Privatinvestitionen durch Regierungen unter die Lupe genommen.

3) Henning Topf (Aktion Dritte Welt):

Privatinvestitionen = Entwicklungshilfe?, 12 S., 50 Pfg.

Volkstümliche Fassung von (2), daher besonders für Öffentlichkeitsarbeit und Straßenverkauf geeignet (kann auch in der Straßenbahn gelesen werden!).

4) Arbeitsgruppe Dritte Welt Tübingen:

Konzerne der BRD in Brasilien, 14 S., 50 Pfg.

Versuch einer Gesamtübersicht über die bundesrepublikanischen Investitionen in Brasilien und eine Einschätzung der aus diesen Investitionen resultierenden "Entwicklungs"effekte. Als Fallstudie eine notwendige Ergänzung zu (2).

5) Michael Nienhaus (Aktion Dritte Welt):

Die Solidarität mit den Völkern der Entwicklungsländer oder Das Geschäft der Bundesregierung mit dem Krieg, 6 S., 30 Pfg.

Materialsammlung zur Militärhilfe für Äthiopien, Sudan, Somalia, Nigeria, Portugal und anderen Ländern, kurze Darstellung der Rüstungslobby sowie Konfrontation dieser Fakten mit der offiziellen Ideologie.

6) Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften der Bundesrepublik Deutschland, 4 S., 30 Pfg.

Übersicht über die Entwicklung in den Jahren 1949 bis 1969. Auszug aus dem "Bulletin der Bundesregierung" vom 18.3.1970.

7) Georg Stingl (Aktion Dritte Welt):

Die Lage Namibias und das Uranschürfungsprojekt bei Swakopmund, 12 S., 50 Pfg.

Die Geschichte und heutige Situation Namibias (Südwestafrikas) wird dargestellt, insbesondere die Auswirkungen der Apartheidpolitik. Im zweiten Teil wird die geplante Beteiligung deutscher Firmen an einem Uranschürfungsprojekt bei Swakopmund untersucht; im Anhang befindet sich ein Brief des BMZ zum Stand des Uranprojektes.

8) Henning Topf (Aktion Dritte Welt):

My Lai in Afrika - Warum wir gegen Cabora Bassa sind, 9 S., 40 Pfg.

In verständlicher Form wird die Problematik des Cabora Bassa-Staudamms diskutiert. Besonders für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

9) Generalkonsulat von Sambia in Rom:

Die Unterstützung des südafrikanischen Nazismus durch Westdeutschland, 20 S., 60 Pfg.

. Eine Studie über die Wirtschaftsbeziehungen BRD-Südafrika, aus dem Englischen übersetzt vom iz3w. Im Anhang befinden sich die 102 wichtigsten in Südafrika investierenden Firmen mit dortiger Postanschrift.

10) Frank Kürschner:

Rassismus in Südafrika, 6 S., 30 Pfg.

Südafrikanische Zahlen und Fakten zur Arbeitsmarktsituation, zum Gesundheitswesen, zur Gerichtsbarkeit, zum Lebensstandard der Afrikaner; sowie Darstellung der Aufnahme dieser Fakten in Teilen der deutschen Presse.

11) GIZ Göttingen:

Unterstützung von Kolonialismus und Rassismus im südlichen Afrika durch die Bundesregierung, 9 S., 40 Pfg.

Materialsammlung zu Waffenlieferungen an Südafrika und Portugal, zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Duldung und Förderung dieser Zusammenarbeit durch die Bundesregierung.

12) Dom Helder Camara:

Deutschland schuldet der Welt ein Beispiel, 11 S., 50 Pfg.

Rede von Dom Helder Camara aus Anlaß des Zusammenschlusses der drei kath. Arbeitnehmerverbände der Bundesrepublik am 23. Mai 71 in Würzburg. "Für den Kapitalismus und selbst den Neokapitalismus gibt es keine Heilung."

13) Dokumente zur Entwicklungsländerpolitik 1 Horst Dumke:

"Bilaterale Kapitalhilfe der BRD", 19 S., 60 Pfg.

Auszug aus: Albrecht Kruse-Rodenacker, Horst Dumke, Niklas v. Götz: "Kapitalhilfe - Untersuchungen zur bilateralen Kapitalhilfe im Rahmen öffentlicher Leistungen", Berlin 1970

Ein Mann der entwicklungspolitischen Administration plaudert hier alles das zum Thema Kapitalhilfe und Direktinvestitionen aus, was von den politischen Exponenten deutscher Entwicklungspolitik aus verständlichen Gründen der Öffentlichkeit gegenüber verborgen gehalten wird.

14) Dokumente zur Entwicklungsländerpolitik 2, 5 S., 30 Pfg.

Auszug aus: "The Concept of Economic Cooperation in Southern Afrika"

Übersetzung eines Kapitels einer offiziellen südafrikanischen Veröffentlichung, das die imperialistischen Bestrebungen des weißen Minderheitenregimes in Südafrika entlarvt.

15) Aktion Dritte Welt:

Wirtschaftsstruktur und Individualverhalten, 5 S., 30 Pfg.

10 Thesen zum Elend des Kapitalismus aus verhaltens- und sozialpsychologischer Sicht; das Papier wurde anläßlich eines Treffens von über 100 Religionslehrern und Geistlichen in Bühl im Mai 71 ausgearbeitet, es versucht, gesellschaftliche und individuelle Verhaltensweisen aus den Antriebskräften des kapitalistischen Wirtschaftsmodells und seinen inhumanen Axiomen herzuleiten.

16) Prof. Gerhard Kade:

Umweltverschmutzung - nur ein technisches Problem?, 13 S., 50 Pfg.

Historische Analyse der Umweltkatastrophe; Warnung vor dem Glauben an technische, systemimmanente Lösungen; in einem Gesellschaftssystem, das auf ständige Kapitalverwertung und Expansion angewiesen ist, scheint das Umweltproblem nicht lösbar zu sein.

17) Prof. Gerhard Kade:

Planung der Zukunft - Technokratie im Spätkapitalismus, 26 S., 70 Pfg.

Die Illusion von der Möglichkeit objektiver Analyse gesellschaftlicher Prozesse wird zerstört und gezeigt, daß einer Forderung nach zunehmender Rationalisierung der Mittelwahl eine faktisch wachsende Irrationalität der Zielbestimmung entgegensteht. Planung in unserer Gesellschaft erweist sich als Krisenmanagement, Planung für die Zukunft einer demokratischen Gesellschaft braucht neue Ziele.

18) Prof. Gerhard Kade:

Politische Ökonomie - heute, 16 S., 60 Pfg.

Die Kluft zwischen einer bloßen Marx-Exegese und einer häufig

ausschließlich an moralischen Standards orientierten Beschreibung spätkapitalistischer Erscheinungsformen, wie Vergeudung, Rüstung, Verhältnis der Industrieländer zur Dritten Welt muß durch eine Politische Ökonomie überbrückt werden. Kade analysiert den Werdegang des Begriffs "Politische Ökonomie" und fragt nach den Möglichkeiten einer solchen Ökonomie heute.

19) Georg Cremer (Aktion Dritte Welt):

Die Entwicklungspolitik der BRD - Mythos und Wirklichkeit, ca. 16 S., 60 Pfg.

Versuch einer Bewertung der deutschen Entwicklungspolitik auf dem Hintergrund des außenwirtschaftlichen Verhaltens der BRD gegenüber den Entwicklungsländern. Insbesondere die Kapitalhilfe erscheint dabei als Entwicklungshilfe für die deutsche Industrie (vgl. auch Nr. 13, Horst Dumke...).

Eine Strategie, die über die Abwehr von Negativleistungen deutscher Entwicklungsländerpolitik (Cabora Bassa u.a.) hinauskommen will, muß auch andere Erscheinungsformen des spätkapitalistischen Wirtschaftssystem analysieren. Ein erster Ansatz dazu sind die Papiere Nr. 15) bis 18). Weitere Papiere zur Thematik Verschwendungskonsum, Geplante Obszolescens, Rolle des Wissenschaftsbetriebs, Krisenmanagement, Militärisch-industrieller Komplex, Fabrikarbeit, Gastarbeiter u.ä. sind in Vorbereitung.

B Ältere Ausgaben der 'blätter des iz3w'

Z.Zt. sind noch folgende Nummern vorrätig (in Klammern kurze Inhaltsangabe)

1) "blätter des iz3w", Nr. 6/7, april /mai 71, 55 S., 1,50 DM.

(Interview mit Karsten Voigt über die Stellung der Jusos zur Entwicklungspolitik, Analyse der Asienpolitik des Auswärtigen Amtes, Uganda nach dem Putsch, Büro Dr. Ring, Cabora Bassa-Aktionen in der BRD und der Schweiz, Bericht von der Tagung in Trier, Informationen über Südafrika, Mozambique, Angola, Lesotho, Brasilien u.a.)

2) "blätter des iz3w", Nr. 8, juni 71, 35 S., 1,-- DM.

(Theorien der Entwicklung, Kirche und Dritte Welt, Kenia-Folge, neues zu Cabora Bassa, Analyse des portugiesischen Reformkolonialismus, wirtschaftliche Entwicklung Chinas, Scheel und Brasilien, Universität und Dritte Welt, Waffenhandel).

BÜCHER UND BROSCHÜREN

C Broschüren und Bücher, die vom Informationszentrum Dritte Welt in Kommission vertrieben werden

1) Stellungnahme der Vereinigung deutscher Wissenschaftler zum Cabora Bassa-Projekt, 8 S., 30 Pfg.

In Mozambique wird durch Cabora Bassa ein neues Vietnam geschaffen. Die Wissenschaftler sprechen sich eindeutig für einen Rückzug der deutschen Firmen aus Cabora Bassa aus.

2) Akafrik-Report 1/71, Kirche, Rassismus und Kolonialismus, 26 S., 70 Pfg.

Weiße Väter verlassen Mozambique - Konkordat mit Portugal - Rom und Rhodesien - Bischof Millingo - Pide, Papst und Portugal.

3) Akafrik-Report 2/71, Programm zu Peter Weiß, Gesang vom lusitanischen Popanz (Die portugiesische Kolonialpolitik in Afrika), 20 S., 60 Pfg.

Zitate und Fakten zu dem Theaterstück von Peter Weiß.

4) SAALA Heidelberg:

Zur Theorie und Praxis der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien und in Palästina, 50 S., 1,50 DM (der Erlös dieser Broschüre dient der materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen).

Der palästinensische Widerstand und die Frage der "friedlichen Lösung" - FRELIMO - MPLA - PAIGC - Auszüge aus den Programmen der MPLA und der PAIGC.

5) Dr. Nobert Lechner:

Unterentwicklung und Imperialismus in Lateinamerika, 35 S., 1,-- DM.

Unterentwicklung und Imperialismus - Polarisierung zwischen Metropolen und Satelliten - wirtschaftliche Ausbeutung - die politische Intervention - der Kulturkapitalismus - der Wissenschaftsimperialismus - die Polarisierung der nationalen Herrschaftsstrukturen - die Entwicklung der Unterentwicklung - die notwendige Revolution.
(Dr. Lechner ist heute Mitarbeiter im chilenischen Justizministerium).

6) Projektgruppe Internationalismus, Freiburg:

Mexico '70 - info subversiv, 37 S., 1,-- DM.

Erklärung der politischen Gefangenen aus dem Gefängnis Lecumberri - Chronologie der reaktionären Gewalt während der Olympiade 68 - Mexicoanalyse - Presseanalyse.

7) Sietse Bosgra (Angola-Kommittee Amsterdam):

Cabora Bassa - ein Damm gegen die Afrikaner, 82 S., 1,50 DM.

Geschichte des Projektes, Argumente, technische Daten, Nachtrag für die BRD, Literaturliste, Verzeichnis der Gruppen in der BRD. Übersetzung aus dem Holländischen von Ralf Syring, ergänzt durch die GIZ Göttingen.

8) Hellmut Haug, Jürgen Rump (Hrsg.):

bibel provokativ, 158 S., 2,50 DM.

Gegenüberstellung von Bibelzitaten und Fakten; sehr gut für Öffentlichkeitsarbeit in kirchlichen Kreisen geeignet.

9) Die Dritte Welt als Bildungsaufgabe, 328 S., 3,-- DM.

Heft 99/100 der Reihe "Offene Welt", Aufsatzsammlung zum Thema Entwicklung und Revolution, sowie zu Problemen der didaktischen Vermittlung. Besonders zu empfehlen sind die Aufsätze von Paech (S. 108) und von Nussbaum (S. 124).

10) Freiburger Studentenzeitung basis, Nr. 1/2,71, 52 S., 1,--DM

Friede mit Polen - Gewerkschaften u. Arbeiterselbstverwaltung - die Novemberstreiks - zur CSSR - Wirtschaft in Ungarn - Technokratie und Emanzipation in der DDR - Europäische Sicherheit - zur Plattform von "Il Manifesto" - 4 Jahre Junta in Griechenland - zur Sozialstruktur des organisierten Hochkapitalismus.

11) Freiburger Studentenzeitung basis, Nr. 3,71, 40 S., 80 Pfg.

Vom Waisenhaus ins Zuchthaus - Wie werde ich Strafgefangener - Kriminalität und Gesellschaft - Arbeit macht frei - Resozialisierungsmodell - Kritik der Strafvollzugsreform - Amnesty International - Universität und Dritte Welt.

D Broschüren, die von offiziellen Institutionen dem iz3w zur Verfügung gestellt sind

1) Otto Kreye:

Nicht nur eine Handvoll Reis, 40 S., kostenlos.

Das Politische Moment des Welternährungsproblems; eine unentbehrliche Grundinformation für jeden, der sich mit Fragen der Dritten Welt beschäftigt.

2) Die Kirche in der gegenwärtigen Umwandlung Lateinamerikas im Lichte des Konzils, 152 S., kostenlos.

Die Beschlüsse der II. Generalversammlung des Lateinamerikanischen Episkopats (Medellin, 24.8. - 6.9.68).

3) Dritte Welt - Strukturdaten der Unterentwicklung, 64 S., kostenlos.

Informationen und Graphiken zum Problem "Entwicklung - Unterentwicklung - Welthandel - Entwicklungshilfe".
Ausgezeichnet geeignet für Schulunterricht, freie Jugendarbeit und Erwachsenenbildung.

4) Dr. Hartmut von Lehr:

Indien und China - Zwei Entwicklungswege, 22 S., kostenlos.

Vergleich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zweier Entwicklungsmodelle. China liegt eine Länge vorn.

PLAKATE, beim iz3w erhältlich

1



Farben: Rot/Schwarz
Preis: 50 Pfg.
Format: DIN A2

2



Farbe: Schwarz
Preis: 40 Pfg.
Format: DIN A2

3



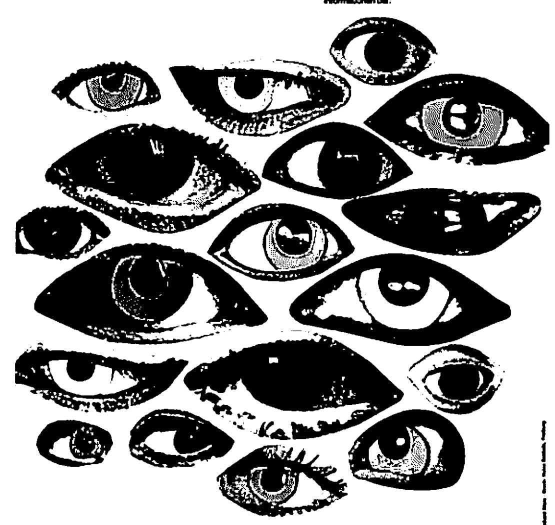
HEINTJE

Farbe: Schwarz
Preis: 30 Pfg.
Format: DIN A3

4

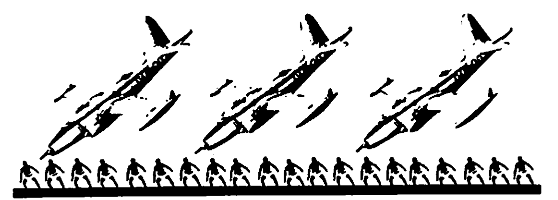




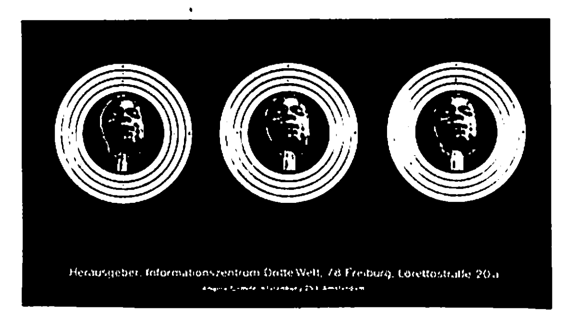


4-farbig
Preis: 80 Pfg.
Format: DIN A2

5



portugal mordet mit nato-waffen in afrika



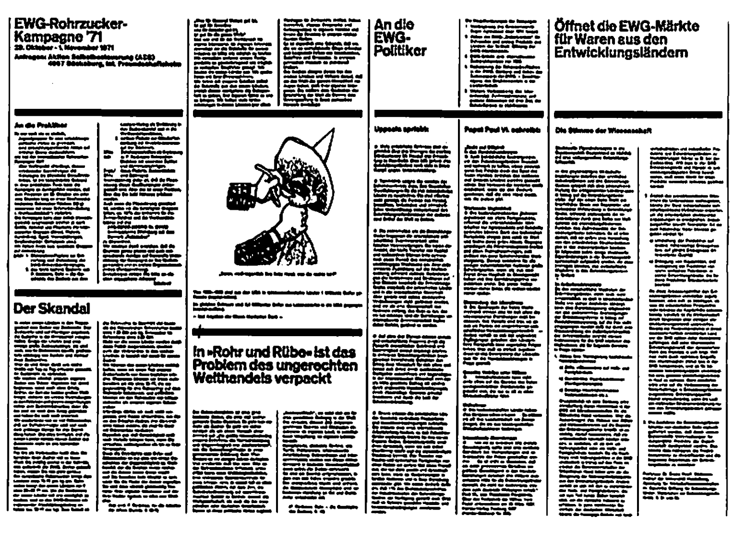
Farben: Schwarz/Grün/Rot
Preis: 60 Pfg.
Format: DIN A2

7a Rückseite



Farben: Grün/Rot
Preis: 50 Pfg.
Format: DIN A3

7b Vorderseite



EWG-Rohrzucker-Kampagne '71

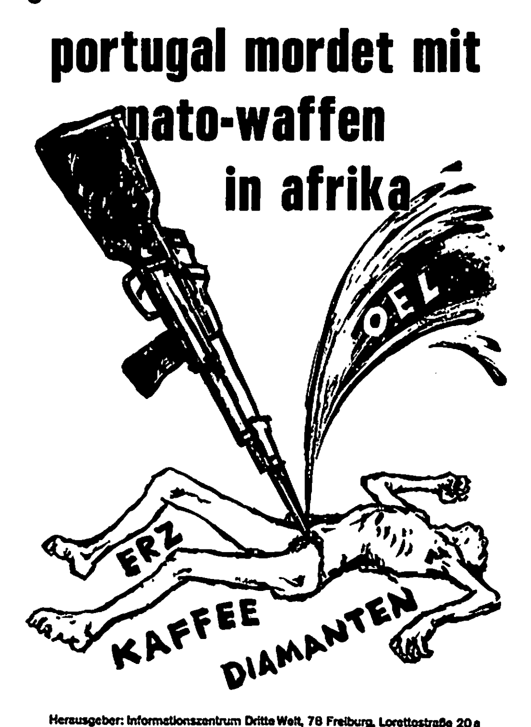
An die EWG-Politiker

Öffnet die EWG-Märkte für Waren aus den Entwicklungsländern

Der Skandal

In »Rohr und Rübe« ist das Problem des ungerechten Welthandels verpackt

6



Farben: Schwarz/Rot
Preis: 50 Pfg.
Format: DIN A2

Zu den Bestellungen:

Bitte benutzen Sie nach Möglichkeit den beiliegenden Bestellschein, von dem wir Ihnen gern noch weitere Exemplare nachliefern.
Sämtliche Preise verstehen sich ohne Porto und Verpackungsmaterial, so daß je nach Gewicht zusätzlich noch Portokosten und Verpackungskosten in Höhe von 40 Pfg. bis zu 1,-- DM (Päckchen im Inland bis zu 2000 Gramm und C 4 Briefumschlag) entstehen.
Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Kosten (Paperpreis und Porto- u. Verpackungskosten) gleich bei der Bestellung entrichten würden. Am besten legen Sie den voraussichtlichen Betrag in Briefmarken Ihrer Bestellung bei. Wenn Sie das Geld überweisen sollten, vermerken Sie dies am besten auf der Bestellung. Auf Wunsch schicken wir Ihnen auch eine Rechnung zu.
Für Öffentlichkeitsaktionen und Seminare von finanzschwachen Gruppen sind wir wie bisher auch weiterhin bereit und (vorläufig noch) in der Lage, Sonderpreise zu vereinbaren bzw. Material in Kommission zu übergeben (dies betrifft allerdings nur die Posten A 1 - 19 und E 1 - 8). Die Gruppen sollten uns bei Großbestellungen aber immer rechtzeitig - am besten 4 - 6 Wochen - vorher benachrichtigen, damit wir evtl. Material noch nachdrucken können.
Alle Bezieher von Einzelmaterialien bitten wir dringend, uns auch kleine Beträge rechtzeitig zu überweisen, da wir sonst insbesondere durch das Ausbleiben der Abonnementzahlungen in absehbarer Zeit in akuten Finanzmangel geraten werden.
An dieser Stelle möchten wir uns auch für die vielen Unregelmäßigkeiten und Verspätungen entschuldigen, die beim Versenden unseres Rundbriefes und beim Beantworten von Informationsanfragen entstehen. Wir sind kein kommerzielles Unternehmen, bis auf kleine Aufwandsentschädigungen für 1 - 2 Studenten, die für jeweils 1/2 Jahr ihr Studium an den Nagel hängen, arbeitet bei uns alles ehrenamtlich; dazu beschäftigen wir uns - regional wie überregional - mit Aktionen (vgl. dazu die Rolle der entwicklungspolitischen "Feuerwehr" in unserem - vergriffenen - Strategiepapier), die alle viel Zeit kosten.

Bestellungen (wenn vorhanden, bitte auf Bestellschein) an
Informationszentrum Dritte Welt
D - 78 Freiburg
Lorettostr. 2o a